

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die „Deutsche Arbeiterzentrale“ im Jahre 1911	425	Lohnbewegungen und Streiks. Streiks und Aus-	
Gesetzgebung und Verwaltung. Die Gewerbein-		sperrungen	436
spektion im Herzogtum Braunschweig im	426	Gewerbegerichtliches. Wahl in Galberstadt	436
Jahre 1911	428	Polizei, Justiz. Compers und Morrison wieder ver-	
Statistik und Volkswirtschaft. Die Lage im Saarbergbau		urteilt	436
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rückblicke.	428	Kartelle und Sekretariate. Gewerkschaftssekretär für	
XIII. (Schluß). — Aus den deutschen Gewerkschaften. —		Gresfeld gesucht	437
Die österreichischen Centralverbände im Jahre 1911	428	Genossenschaftliches. Vom neunten deutschen	
Kongresse. XIV. Verbandstag des Centralber-		Genossenschaftstags	437
bandes der Schuhmacher Deutschlands. —		Andere Organisationen. Die „Gelben“ im Ruhrrevier	440
Der 18. Verbandstag des Verbandes der		Wittteilungen. Redakteurgesuch. — Für die Verbands-	
Brauerei- und Mühlenarbeiter.	432	expeditionen	440

Hierzu: Arbeiterrechts-Beilage Nr. 7.

Die „Deutsche Arbeiterzentrale“ im Jahre 1911.

„Deutsche Arbeiterzentrale“ nennt sich einem Beschluß der Mitgliederversammlung zufolge die Feldarbeitercentralstelle, die in rund 50 Abfertigungsstellen oder Grenzämtern die Ausstellung der Legitimationskarten für nach Deutschland eingeführte ausländische Arbeiter besorgt.

Der Bericht über die Tätigkeit im Geschäftsjahr 1910/11 ergibt wiederum eine Steigerung in der Einfuhr ausländischer Arbeiter nach Deutschland. Diese Steigerung mit rund 53 000 Legitimierungen übertrifft noch die vorjährige um circa 3500. Trotz dieser großen Zunahme klagt der Bericht über die verschiedenen Schwierigkeiten, die durch besondere Umstände der Centralstelle im Berichtsjahr bereitet wurden. Infolge von starker Kälte und hohem Schnee, dann plötzlichem Tauwetter mit Ueberschwemmungen, die Wege und Stege unpassierbar machten, war bis in den März hinein so gut wie gar kein Angebot in den Grenzämtern. Als dann die Abwanderung einsetzte, habe der Andrang die Arbeit so vermehrt, daß die Grenzämter die Arbeit kaum bewältigen konnten. Trotzdem hätte sich gezeigt, daß das ausländische Angebot der verstärkten Nachfrage nicht genügt habe. Schon in der zweiten Aprilhälfte habe eine bedenkliche Knappheit an Arbeitskräften eingetreten, die in immer verstärktem Maße das ganze Vermittlungsjahr über anhielt. Unter dieser Kalamität habe ganz besonders die Landwirtschaft mit ihrer starken Nachfrage nach Arbeitskräften zu leiden gehabt. Nur der Umstand, daß in großen Gebieten Deutschlands, die besonders für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Betracht kommen, die landwirtschaftliche Arbeit durch die große Trockenheit erheblich eingeschränkt wurde, habe die Landwirtschaft vor einer sehr gefährlichen Situation bewahrt.

Legitimationskarten wurden ausgegeben an:

	1909/10	1910/11	Differenz
1. Arbeiter aus Rußland:			
Polen	239879	253148	+13264
Ruthenen	136	388	+ 252
Deutsche	19111	23337	+ 4226
2. Arbeiter aus Oesterreich:			
Polen	83447	77567	- 5880
Ruthenen	81956	82718	+ 762
Deutsche	46949	58390	+11441
3. Niederländer u. Belgier	53995	63743	+ 9748
4. Italiener	39672	47690	+ 8018
5. Ungarn	23209	17389	- 5820
6. Dänen, Schweden, Norweger	7624	9849	+ 2225
7. Franzosen u. Luxemburger	710	793	+ 83
8. Verschiedene Nationen	46245	61018	+14773
	642933	696025	+53092

Es wurden legitimiert: 1909/10 1910/11
für die Landwirtschaft . . . 374751 387902 (55,7%)
für die Industrie 268182 308123 (44,3%)

Im Vorjahre war das Verhältnis der für die Landwirtschaft legitimierten Arbeiter zu denen in der Industrie noch 60,1 zu 39,9. Es hat sich demnach im laufenden Jahre ganz erheblich zugunsten der Industrie verschoben. Stellen wir diesem Ergebnis die große Nachfrage der Landwirtschaft nach Arbeitskräften gegenüber, so ist klar zu erkennen, daß die zur Abkehr deutscher Arbeiter von landwirtschaftlicher Arbeit treibenden Tendenzen sich in starkem Maße bereits bei den ausländischen Arbeitern geltend zu machen beginnen: Hundelöhne und brutale, unmenschliche Behandlung lenken den Strom der Ausländer von den ostelbischen Gefilden ab und nach den Industriegegenden herüber.

Die obigen Zahlen zeigen übrigens nicht vollständig, wieviel ausländische Arbeiter in Deutschland beschäftigt werden. Die Feldarbeiterzentrale übt ihre Legitimierungstätigkeit bekanntlich auf

tenden, Labour Party und Regierung entschied sich der Kongress für folgende Vorschläge:

1. Der Kongress ist mit der Errichtung einer gemeinschaftlichen Kommission (Joint-Board) für den Londoner Hafen einverstanden.

2. Dieser Joint-Board hat aus einer gleichen Anzahl Vertreter der vereinigten Arbeitgeber und der Nationalen Transportarbeiter-Federation zu bestehen.

3. Der Joint-Board erhält die Vollmacht, Comités für die einzelnen Branchen zu ernennen, damit diese die Tarife vorberaten, welche dann durch den Joint-Board sanktioniert werden.

4. Der Kongress akzeptiert die Bestimmungen der Brooklands Übereinkunft im Falle von Konflikten.

Dieses Brookland Agreement sieht im Falle von Konflikten, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen können, einen dreistufigen Instanzenweg vor, der innerhalb 21 Tagen zurückgelegt sein muß. Ist dann keine Einigung erzielt, dann bleibt es jeder Partei überlassen, die ihr gut dünkenden Mittel zur Durchführung ihrer Wünsche anzuwenden.

Ferner erklärte der Kongress sich bereit, einen Garantiefonds für die Einhaltung der tariflichen Vereinbarungen zu hinterlegen, wenn solches auch seitens der Arbeitgeber geschehe, wobei er natürlich voraussetzte, daß es der Regierung gelänge, alle Arbeitgeber zur Anerkennung der getroffenen tariflichen Vereinbarungen zu zwingen. Die Bekanntmachung dieser Grundsätze durch Lloyd George im House of Commons brachte die ganze öffentliche Meinung auf die Seite der Streikenden. Die Bemühungen der Regierung jedoch, die Arbeitgeber zur Annahme dieser Vorschläge zu bewegen, scheiterten auch in diesem Falle. Darauf wurde der nationale Sympathiestreik erklärt. Der Aufforderung kam man nur in Southampton, Bristol, Swansea, Plymouth und noch einigen anderen Häfen nach. In allen anderen großen Häfen konnten sich sowohl die Führer wie die Hafenarbeiter und Seeleute nicht zum Streik entschließen. Der nationale Sympathiestreik brach nach einigen Tagen vollständig in sich zusammen, weil die Mehrzahl es ablehnte, tarifbrüchig zu werden. Mit Recht, denn der Sympathiestreik hätte kein gutes Ende genommen und alle die im Vorjahre mit so großen Opfern erkämpften Vorteile wären dann auch zum Teufel gewesen. Außerdem hätte sich die Zahl der Unterstützungsbedürftigen noch um ein riesiges vermehrt. Zu den 60 000 in London wäre dann noch die Hälfte in der Provinz hinzugekommen. Das wäre nach all den Kämpfen in der letzten Zeit eine kaum zu tragende Belastung für die englischen Organisationen geworden.

Nun waren die Streikenden in London wieder auf sich selbst angewiesen. Trotzdem der Streik jetzt schon die fünfte Woche andauerte, war der Zusammenhalt bewundernswert, der beste Beweis für das feste Vertrauen der Streikenden in den Wert ihrer Organisation. Die Leitung in London versuchte nun die Eisenbahner im Hafendistrikt unter Umgehung der Leitung des Eisenbahnerverbandes in den Streik zu ziehen. Hiergegen erließ der Eisenbahnerverband eine geharnischte Erklärung, und der Versuch fiel ins Wasser. Gegenwärtig liegen mehr denn 200 Dampfer, jeder mit über 5000 Tons, im Londoner Hafen still, also mit über einer Million Schiffstonnage. Ferner liegen 7000 gewöhnliche

Ewer, jeder mit mehr denn 100 Tons, und 200 Segelbaren mit je 150 Tons still, was wiederum 1 Million Tonnage macht, so daß also 2 Millionen Tonnage brach liegen, trotzdem nach Angabe der Arbeitgeber jetzt 14 000 Streikbrecher beschäftigt sein sollen.

Dieser Zustand beweist, daß die Streikbrecher nicht im entferntesten der Arbeit gewachsen sind, da es meistens auch Leute sind, die niemals Hafearbeit verrichtet und niemals die Ladung eines Schiffes verstaут haben. Tatsächlich verlassen die Schiffe den Hafen auch in einem ziemlich verwahrlosten Zustand. In allernächster Zeit muß es zu einer Beilegung des Streiks kommen, wenn nicht von seiten der Streikenden, so doch seitens der Arbeitgeber, die einen solchen Zustand auf die Dauer auch nicht ertragen können.

Die Hartnäckigkeit der Arbeitgeber beweist, daß sie den Kampf gewollt haben, deshalb gewollt haben, weil ihnen die Arbeiterorganisationen zu mächtig wurden. Nach dem Kampf im Vorjahre gab es naive englische Führer, die aller Welt verkündeten, jetzt haben wir die Shipping Federation besiegt, seht, sie liegt zertrümmert am Boden. Davon ist bei diesem Kampfe, kaum 10 Monate nach der „Zertrümmerung“, nichts mehr zu merken. Die Arbeitgeber stehen fest und wollen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, das bedeutet die Schwächung der Federation. Die Streikenden sind mit ihren Forderungen bis auf die Wiedereinstellung der Streikenden und die Anerkennung der Federation herabgegangen. Davon wollen die Arbeitgeber aber nichts wissen und bleiben auf ihrer Forderung bestehen: bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Trotzdem wir als deutsche Gewerkschafter mit der englischen Streiktaktik nicht sympathisieren können, haben doch sicherlich alle den sehnlichsten Wunsch, daß unsere englischen Arbeitsbrüder diesmal ohne Schaden zu nehmen aus dem erbitterten Streik siegreich hervorgehen möchten.

Berlin.

H. Jochade.

Mitteilungen.

Für die Verbandsdeputationen.

Der Nr. 29 des „Corr.-Bl.“ wird die Arbeiterrechtsbeilage Nr. 7 beigegeben. Die Nummer erscheint im Umfange von 32 Seiten.

Die Generalkommission.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

- Bielefeld:** Schläter, Peter, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
Bremen: Bendeke, Wilhelm, Angestellter d. Bäckerverbandes.
 „ Ruckstuhl, Johann, Angestellter d. Maschinistenverbandes.
Cöpenick: Gall, Max, Angestellter des Maschinistenverbandes.
Chemnitz: Heil, Alfred, Angestellter des Bäckerverbandes.
Freiberg (Sa.): Bethke, Karl, Parteisekretär.
Hannover: Bahnert, Friß, Angestellter des Holzarbeiterverbandes.
Magdeburg: Reinert, Max, Angestellter des Gewerkschaftskartells.

Grund einer ihr von der Regierung erteilten Befugnis aus. Ursprünglich hatte nur Preußen die Centrale mit der Kontrolle beauftragt. Dann haben sich andere Staaten angeschlossen. Ein in jüngerer Zeit vom Reichsamt des Innern bei allen Bundesregierungen gemachter Vorschlag, sie möchten sich dem Vorgehen Preußens anschließen, hat jedoch nicht allseitige Annahme gefunden. Die volle Zahl der über die Grenze kommenden ausländischen Arbeiter läßt sich daher nicht genau erfassen. Es wird angenommen, daß sie im Vorjahr die Zahl von 700 000 erheblich überschritten hat.

Die Centralstelle kontrolliert aber nicht nur, sondern betreibt in stets erhöhtem Maße die Arbeitervermittlung. „An dem Ausbau der Vermittlungsorganisation und der damit im Zusammenhang stehenden Einrichtungen ist auch im Berichtsjahr eifrig gearbeitet worden“, sagt der Bericht. „Die Arbeit in den Abwanderungsländern konnte im Berichtsjahr einen starken Schritt vorwärts tun. Die italienische Regierung hat der Centralstelle die Erlaubnis erteilt, in Italien selber tätig zu sein.“ Aus dieser Tatsache schöpft die Centrale die Hoffnung, und will durch ihre Arbeit den Beweis dafür liefern, „daß es sich auf dem Gebiete der modernen Arbeiterwanderungen nicht um unüberwindliche Interessengegenätze der Zu- und Abwanderungsstaaten handelt und daß die zurzeit noch bestehenden und empfundenen Häßlichkeiten nicht den Dingen innewohnende Notwendigkeiten, sondern von Eigennutz in sie hineingetragene Begleiterscheinungen sind, die einer uneigennütigen, verständnisvollen Arbeit weichen müssen.“

Eine solche Häßlichkeit, die von „Eigennutz hineingetragen ist“, bedeutet nach unserer Auffassung vor allem die Legitimierung selbst und die regelmäßige Ausweisung der ausländischen Arbeiter auf 6 Wochen im Jahr, um deren Ansässigkeit zu hindern. Wie sich die Centrale bei ihrer oben gezeigten Auffassung mit der „häßlichen, von Eigennutz getragenen“ agrarischen Tendenz, die der ganzen Einrichtung innewohnt, auseinandersetzen gedenkt, ist natürlich ihre Sache.

Der Bericht wendet sich auch gegen die lebhaften Bedenken, welche von „völkisch-nationaler“ Seite gegen seine fieberhaft gesteigerte Vermittlerstätigkeit erhoben werden. Dem Vorwurf, die Centralstelle bemühe sich deshalb um eine mögliche Steigerung der Einführung fremder Arbeiter, weil sie aus den Legitimationsgebühren ihren gesamten Apparat erhalte und immer fester fundiere, wird mit dem lahmten Hinweis begegnet, daß etwa verbleibende Ueberschüsse nur mit Zustimmung der Regierung verwendet werden dürfen. Die Tätigkeit der Centrale sei deshalb nicht auf das Erzielen von Ueberschüssen gerichtet.

Bemerkenswert ist die Stellung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise zur Centralstelle. Aus dem Bericht geht hervor, daß die nachgesuchte Aufnahme der Feldarbeitercentrale in den Verband bereits das dritte Mal abgelehnt wurde. Auch dem preussischen Landesökonomienkollegium scheint die Ahnung zu dämmern, daß das Verdrängen der deutschen Landarbeiter durch Ausländer die deutsche Landwirtschaft in dem Moment einer Katastrophe zutreibt, sobald der Strom zu verstiegen beginnt. Die Einsetzung einer Kommission im Vorjahre, die sich mit der Landarbeiterfrage beschäftigen soll, fußte auf einem Bericht, der

zum Ausdruck brachte, die Landwirtschaftskammern dürften nicht so sehr nach dem Gesichtspunkt arbeiten, wie sie den Landwirten, gleichviel woher, möglichst viele und billige Arbeitskräfte beschaffen könnten, sondern wie sie möglichst viele eingeseffene Familien und ihren Nachwuchs der Landwirtschaft erhalten.

Der wachsende Zustrom ausländischer, unter Ausnahmegestimmungen gehaltener Arbeiter bildet auch für die Gewerkschaften ein ernstes Problem, das der Lösung harret. Es kann sich hierbei nicht um ein Verbot der Einwanderung, als vielmehr um Befestigung von behördlichen Maßnahmen handeln, die heute verhindern, daß die von deutschen Kapitalisten und Agrariern ausgebeuteten, zur steten Hin- und Herwanderung verurteilten Ausländer sich der Arbeiterbewegung eingliedern können.

Fritz Saab.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Die Gewerbeinspektion im Herzogtum Braunschweig im Jahre 1911.

Der Bericht der Gewerbeinspektionsbeamten für das Jahr 1911 gibt wieder ein wenig erfreuliches Bild. Trotzdem die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter nicht unwesentlich gegen die Vorjahre gestiegen ist, sind die Revisionen sowohl absolut wie relativ zurückgegangen. Die Schuld an dieser betrüblichen Erscheinung tragen jedoch nicht die Gewerbeinspektoren, die gewiß alles getan haben, was in ihren Kräften stand. Es ist vielmehr die viel zu geringe Beamtenschaft gegenüber den fortgesetzt sich mehrenden revisionspflichtigen Betrieben. Alle Bemühungen seitens der organisierten Arbeiterschaft, hierin Wandel zu schaffen, scheitern an der Rückständigkeit und sozialen Verstandnislosigkeit der in Frage kommenden Instanzen. Alle Petitionen und Eingaben um Vermehrung der Beamten und um Anstellung einer Assistentin waren beim braunschweigischen Landtag, dem Zerrbild einer Volksvertretung, ohne Erfolg. Wenn auch bei der letzten Reichstagswahl in den drei braunschweigischen Reichstagswahlkreisen über 50 Proz. der abgegebenen Stimmen sozialdemokratische waren und zwei von den drei Reichstagswahlkreisen des Herzogtums eine sozialdemokratische Vertretung im Reichstage haben, so ist es in Anbetracht des aus der schwärzesten Reaktionszeit stammenden, vorsintflutlichen Landtagswahlgesetzes trotz größter Anstrengung unmöglich, eine Arbeitervertretung in den Landtag zu bekommen, um von der Tribüne des Landtages den Regierungs- und „Volks“vertretern ins Gewissen zu reden und zum Fortschritt zu drängen.

Wie das Verhältnis der revidierten Betriebe des Jahres 1911 und z. B. 1909 ist, veranschaulicht folgende aufgemachte Tabelle:

Jahr	Zahl der Betriebe			In den Betrieben wurden Arbeiter beschäftigt		
	überhaupt	dabon revidiert	in Proz.	überhaupt	in den revidierten	in Proz.
1909	2148	1085	48,2	45987	34758	75,8
1911	2508	949	37,9	52494	38810	73,9

Wenn im letzten Jahre also nur 37,9 der revisionspflichtigen Betriebe revidiert sind, so ist das an sich schon recht betrübend. Da die 37,9 revidierten Betriebe jedoch 73,9 der in Frage kommenden Arbeiterschaft umfassen, so ist zu folgern, daß namentlich

die kleineren Betriebe, wo erfahrungsgemäß die Unfallverhütungs- und hygienischen Vorschriften am wenigsten beachtet werden, von der Revision verschont geblieben sind. Leider läßt sich auch für die Zukunft kein besseres Resultat erhoffen. Bei dieser Zusammensetzung des Landtags (die äußerste Linke bildet ein nationalliberaler Fabrikant), ist nicht daran zu denken, daß die Gewerbeinspektoren eine Vermehrung erfahren. Die jetzige Landtagsmehrheit sieht in den jetzt angestellten Beamten nur ein notwendiges Übel, das man nicht ohne Zwang vergrößern soll. Daß das Unternehmertum unter diesen Umständen die Gewerbeinspektion wenig zu fürchten braucht, ist selbstverständlich. In erster Linie nutzen natürlich die Unternehmer diesen Zustand aus, in deren Betrieben die Arbeiterorganisationen keinen oder nur geringen Einfluß haben, während dort, wo unsere Organisationen dominieren, schon von dieser Seite etwas regulierend eingegriffen wird.

Ueberschreitungen der Bestimmungen betr. der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind in erheblicher Anzahl (195) zur Kenntnis der Gewerbeinspektion gekommen. Sieben Betriebsleiter sind in Strafe genommen, während die anderen mit einer Verwarnung davonkommen sind. Auf gewissenlose Unternehmer wird diese zarte Rücksichtnahme nicht gerade erzieherisch wirken.

In Bewilligung von Ueberarbeit von erwachsenen weiblichen Arbeiterinnen war die Inspektion den Unternehmern gegenüber sehr zuvorkommend. 4939 Arbeiterinnen leisteten an 807 Tagen 46 043 Ueberstunden, wozu noch 429 bewilligte Ueberstunden an den Sonnabenden kommen. Eine erschreckend hohe Zahl. Nur drei Anträge wurden zurückgewiesen.

Daß die Betriebsunfälle mit 1796 Unfällen, davon 18 tödlich, keinen wesentlichen Rückgang gegen die Vorjahre (1910: 1784, 1909: 1814) aufzuweisen haben, scheint ebenfalls zum Teil auf das Konto der geringen Vornahme von Revisionen zu setzen sein.

Erfreulich ist der Rückgang der Heimarbeit in der Konservenindustrie, der darauf zurückzuführen ist, daß von den Heimarbeiterinnen der Transport der zu verarbeitenden Gemüse von der Fabrik und wieder zurück als lästig empfunden wurde und diese deshalb die Fabrikarbeit vorziehen. Dazu beigetragen hat sicher, daß die von Beamten ausgeübte Kontrolle in den Wohnungen der Heimarbeiterinnen ebenfalls unangenehm empfunden wurde. Auch vom hygienischen Standpunkte ist dieser Rückgang nur zu begrüßen. Daß in die frühere anarchisierende Entlohnungsweise dieser Industrie eine gewisse Ordnung gekommen und die Löhne überhaupt bessere geworden sind, ist das Verdienst des Fabrikarbeiterverbandes, dem sich erfreulicherweise auch die Arbeiterinnen der Konservenfabriken mehr und mehr anschließen.

Die Folgen der Reichsfinanzreform sind in der Zigarrenindustrie immer noch nicht ausgeglichen. Wenn auch die Arbeitszeit wieder eine normale ist und Feierschichten nicht mehr nötig sind, so sind die Löhne andauernd gering und betragen im Höchstfalle bei neunstündiger Arbeitszeit bei den erwachsenen männlichen Arbeitern 17,50 M., gegen 19 M. vor der Tabaksteuer.

Der Novelle zur Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908, betr. Erlaß von Arbeitsordnungen sind die Hotels und Gastwirtschaften und namentlich die großen Saisonbetriebe des Harzes immer noch nicht ganz nachgekommen.

Die bessere Konjunktur im Berichtsjahre war für viele Arbeiter Veranlassung, einen Ausgleich mit der verteuerten Lebenslage anzustreben. Diese Vorstöße waren jedoch leider nicht immer von Erfolg. Namentlich in den ländlichen Bezirken, wo die Zahl der organisierten Arbeiter nur gering, waren diese Vorstöße nur von teilweisem Erfolg begleitet, während die Stadt Braunschweig mit einem verhältnismäßig hohen Prozentsatz Organisierter besser abgeschnitten hat. Zu größeren Streiks oder Aussperrungen ist es hier erst gar nicht gekommen, sondern die Erfolge für die Arbeiter wurden meist auf dem Verhandlungswege durch die Gewerkschaftsvorstände erzielt.

Nächst der Konservenindustrie zählt die Fabrikation von Wurst- und Fleischwaren zu den bedeutendsten Exportindustrien der Stadt Braunschweig. In zwei Tabellen gibt der Bericht Aufschluß über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der 69 Fabrik- (über 10 Arbeiter) und 113 handwerksmäßigen Betriebe dieser Branche. Wenn das verarbeitete Material auch nicht als einwandfrei gelten kann, da es nur durch Umfrage bei dem Unternehmertum ermittelt wurde, so ist es doch immerhin ein großes Verdienst der Gewerbeinspektion, erstmalig die Verhältnisse in dieser Industrie statistisch erfaßt und der öffentlichen Kritik zugänglich gemacht zu haben. Die Verhältnisse (Lohn und Arbeitszeit) in dieser Branche sind äußerst rückständige. So beträgt die Arbeitszeit nach den Ermittlungen im Durchschnitt 71,4 pro Woche in den Fabrikbetrieben und 68,1 in den Handwerksbetrieben. Die etwas geringere Arbeitszeit in den Handwerksbetrieben wird jedoch dadurch wieder ausgeglichen, daß die Gesellen nach Beendigung der Arbeitszeit noch „auf Kundschaft“ gehen müssen. Die Löhne sind ebenfalls äußerst niedrige und bewegen sich in den Fabrikbetrieben für Gesellen zwischen 37,60 M. (d. h. nur in einem Falle für einen Werkmeister) bis 23,21 M., in den Handwerksbetrieben zwischen 26,66 bis 22,51 M. Wenn Wohnung und Beköstigung gewährt wird, 28,37 M. (ein Fall) bis 11,85 M. bei der ersteren und 13,66 bis 10,81 M. bei der letzteren Kategorie. Die Löhne der in den Fabrikbetrieben noch beschäftigten ungelerneten Arbeiter sind ebenfalls äußerst ungenügende und bewegen sich zwischen 25,40 bis 17,08 M. Aber auch in den Kreisen der Fleischer-Gesellen werden die Vorteile der Organisation mehr und mehr erkannt. Zu dieser Erkenntnis trägt bei, daß die Aussicht auf „Selbständigerwerden“ immer geringer wird, denn auch in diesem Verufe schreitet die kapitalistische Produktionsweise unaufhaltsam vorwärts und damit die Verdrängung des handwerksmäßigen Betriebes durch den modernen Fabrikbetrieb. Seit einigen Jahren ist es mit tatkräftiger Hilfe des Braunschweiger Gewerkschaftskartells gelungen, einen Teil der Fleischer-Gesellen der gelben „Brüderschaft“ zu entfremden und im Centralverbande zu organisieren. Trotz aller Anfeindungen der Unternehmer entwickelt sich dieser jüngste Sproß der Braunschweiger Arbeiterbewegung ganz günstig und hat bereits gute materielle und organisatorische Erfolge zu verzeichnen. Und so ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit auch in diesem, von künstlerisch-rückständigen Anschauungen beherrschten Verufe das Kulturniveau und die soziale Lage der Arbeiterschaft gehoben und die Verhältnisse sich zu menschenwürdigeren gestalten werden.

Im übrigen zeigt der Bericht die seit Jahren bekannte Dürftigkeit. Einige wenige Tabellen, worin das allernotwendigste Material verarbeitet und etwas

begleitender Text dazu, das ist alles. Ermittlungen und Angaben über andere zeitgemäße, mit der Gewerbeinspektion in nahem Zusammenhange stehenden Aufgaben, wie Lebenshaltung, soziale Lage der Arbeiterchaft im allgemeinen, über Wohnungsverhältnisse, Beschäftigung von Kindern in der Heimarbeit und den nicht der Gewerbeinspektion unterstellten Betrieben, über Wirkung und Ausdehnung des Tarifvertragswesens, des Organisationsverhältnisses der Arbeiter, der Gewährung von Sommerurlaub usw., sucht man vergebens im Bericht. Es hat den Anschein, als wenn den Beamten auch nach dieser Richtung gewisse Grenzen gesteckt sind.

Braunschweig.

R. Zw i n g.

Statistik und Volkswirtschaft.

Die Lage im Saarbergbau.

Als im März d. J. der Ruhrbergarbeiterstreik auch auf andere Kohlengebiete Deutschlands übergriff, war man der Ansicht, daß diese Bewegung auch nicht ganz spurlos an dem Saarkohlenbergbau vorübergehe. Es soll hiermit nicht ausgesprochen sein, daß etwa der saarabische Bergmann jetzt die Zeit für gekommen hielt, seine so tieftraurige Lage zu verbessern. Der „Königliche“ Saarbergmann hatte über die wirtschaftliche Lage während des Streiks eine andere Auffassung; er meinte, jetzt wäre es an der Zeit, kräftig weiterzuarbeiten, um durch den infolge des Streiks verursachten Kohlenausfall für das Saargebiet neue Absatzgebiete zu erschleichen. Es schien auch fast, als ob die Absatzverhältnisse bessere werden sollten; die bis dahin üblichen Feierschichten fielen weg, die aufgespeicherten Kohlenmassen verschwand und der „Königliche“ Saarbergmann durfte wieder — Ueberschichten verfahren. Die Freude war allerdings nur von kurzer Dauer. Schon vor Wochen ließ der Leiter der fiskalischen Grubenverwaltung einer Abordnung von Sicherheitsmännern gegenüber durchblicken, daß die Hochkonjunktur für den Saarbergbau schon vorüber sei, junge Leute könnten nicht eingestellt werden, ja die Verwaltung könne noch 2500 Mann entbehren. Wirken nun diese Auslassungen schon wie ein kalter Wassertrahl, so ist nachstehende Preßnotiz aber noch mehr geeignet, Beunruhigung in die saarabische Bevölkerung hineinzutragen:

„Die Absatzverhältnisse der Saargruben haben sich leider nicht in dem Maße gebessert, als es zu wünschen war und wie die Aussichten im Anfange des neuen Jahres vorhanden waren. Es scheint, daß das Saarrevier, trotz des Bergarbeiterstreiks in England und im Ruhrrevier, keine festen und größeren Abnehmer zu gewinnen vermochte und daß die englischen Großabnehmer nur während der Zeit des Kohlenmangels, welcher durch den Streik hervorgerufen worden war, ihren Bedarf im Saarrevier deckten, wobei ja allerdings die großen Kohlenvorräte, welche im Saarrevier aufgespeichert worden waren, verschwand und auch einige Gruben Ueberschichten verfahren konnten. Augenblicklich aber ist die Nachfrage wieder so schwach, daß selbst die Gruben, deren Kohlen von den Abnehmern am meisten begehrt werden, gezwungen sind, Feierschichten einzulegen. Allem Anscheine nach hat die Preiserhöhung bei den verschiedenen Abchlüssen eine stärkere Nachfrage verhindert, so daß wieder wie im Vorjahre im Laufe des Sommers eine Reihe von Feierschichten eingelegt werden muß.“

Nr. 29

Diesen Zeilen ihre Spalten zu öffnen ist just dieselbe Presse gezwungen, die vor wenigen Monaten noch der Grubenverwaltung überschwengliche Lobeshymnen spendete ob ihrer „weisen Fürsorge“. Während Werbeagenten aus allen Kohlenrevieren das Saargebiet durchstreifen und Tausende „Königlicher“ Bergleute dorthin verschicken, während in allen Kohlenrevieren die Nachfrage trotz größter Anspannung der Industrie nicht gestillt werden kann, während dieser seltenen Zeit ist im Saarkohlenbergbau — Ebbe. Und diese Ebbe wird von keiner Flut, wenn auch nur auf kurze Zeit abgelöst werden, sondern ständige Einrichtung bleiben, bis der Saarbergmann sein Schicksal selbst in die Hand nimmt und sich seiner Berufsorganisation anschließt.

Sulzbach (Saar).

R. R ä m e r.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

XIII.

(Schluß.)

Wie unsere Wanderung durch die verschiedenen Industriegruppen ergibt, stand das deutsche Wirtschaftsleben im Jahre 1911 im Zeichen erfreulichster Regsamkeit. Bis auf verschwindende Ausnahmen herrschte überall eine gute Konjunktur, die dem werbenden Kapital Gelegenheit zu hohen Gewinnen gab. Die Durchschnittsrate der verteilten Dividenden hat die Höhe von 8 Proz. erreicht. Dementsprechend ist auch eine rege Inbesitznahme neuer Kapitalien in der Industrie erfolgt; in gewerblichen Neugründungen wurden nicht weniger als 606 984 000 Mk. investiert und die Kapitalserhöhungen älterer Gesellschaften erreichten die Summe von 587 150 000 Mk. Dabei sind jedoch nur die Aktiengesellschaften oder Gesellschaften m. b. H. berücksichtigt. Ueber die Werte, die in Betrieben einzelner Unternehmer neu angelegt wurden, fehlen uns statistische Aufzeichnungen. Aber schon diese Zahlen zeigen zur Genüge den enormen Aufschwung, den die deutsche Industrie seit Ueberwindung der letzten Stagnationsperiode gemacht hat. Die industriellen Betriebe sind vergrößert, die technischen Einrichtungen verbessert, eine immer größere Konzentration des Industriekapitals findet statt. Hand in Hand damit geht naturgemäß eine Steigerung der Produktion, die größere Absatzgebiete suchen muß. Hierbei kollidiert die für den Auslandsmarkt produzierende Industrie mit dem Hochschutzzollsystem, das in allen Ländern nach dem deutschen Beispiel eifrige Nachahmer gefunden hat. Wir haben mehrere Jahre hindurch beobachten können, wie das Steindruckgewerbe durch die hohen Zölle im Auslande, soweit der Export in Betracht kommt, lahmgelegt wird. Auch die Textilindustrie leidet bereits unter den schutzöllnerischen Maßnahmen des Auslandes und in anderen Exportindustrien sind die gleichen Wirkungen zu verspüren. Langsam beginnt auch das Unternehmertum die tieferen Ursachen der Hemmungen zu ahnen. Solange nur die Arbeitermassen unter dem Druck der Agrarzölle litten und die Gewerkschaften noch zu schwach waren, für größere Gebiete einen Ausgleich zwischen Arbeitslohn und Lebensmittelpreisen herbeizuführen, priesen die Unternehmer auf der ganzen Linie das hochweisse System des „Schutzes der nationalen Arbeit“. Das beginnt anders zu werden. Die Gewerkschaften haben in kurzer Zeit enorm an Macht gewonnen, die Massen sind durch die Wirtschaftspolitik der Junter und der

Magnaten der schweren Industrie in die Organisationen hineingepeitscht worden. Je größer und einflussreicher die Gewerkschaften wurden, je mehr gelang es ihnen, nicht nur den andernfalls unausbleiblichen Lohndruck abzuwehren, sondern auch einen Mehrlohn zu erringen, der eine Verelendung der Massen verhinderte. Ohne die starke Gewerkschaftsorganisation würden die deutschen Arbeiter unfehlbar auch ihren Teil an den Kosten für die Industriezölle des Auslandes bezahlt haben müssen, indem die Unternehmer unserer Exportindustrie durch Lohnreduktionen eine Verbilligung der Preise ihrer Exportprodukte versucht hätten. Das ist durch die Gewerkschaften verhindert worden, und die Exportindustrie muß daher eine Aenderung der Handelspolitik anstreben, will sie sich auf dem Auslandsmarkt nicht in immer größerem Maße behindert sehen. Die ersten schüchternen Versuche in dieser Richtung kann man bereits im Hansabund beobachten. Aber noch scheint der Weg ein weiter zu sein und die Arbeiterschaft wird sich auf schwere Kämpfe einrichten müssen, um fortdauernd eine Besserung ihrer Lage unter den obwaltenden ungünstigen Verhältnissen erringen zu können. Das ist zurzeit um so notwendiger, als das Jahr 1911 durch mißliche Witterungsverhältnisse plötzlich eine weitere rapide Steigerung aller Lebensmittelpreise gebracht hat, deren Wilderung einstweilen kaum zu erwarten ist. Mögen auch die Preise für Gemüse, Kartoffeln usw. durch eine bessere Ernte im laufenden Jahre vielleicht eine kleine Herabsetzung erfahren, die Fleischpreise bleiben wahrscheinlich unberändert, sofern nicht gar eine weitere Erhöhung eintritt.

Es bleibt also den Arbeitermassen keine andere Hilfe übrig als die Selbsthilfe durch die Organisation. Diese Erkenntnis ist auch von Jahr zu Jahr in immer größere Massen gedrungen. Das Jahr 1911 hat insbesondere glänzende Erfolge der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit gebracht. Die folgenden Tabellen zeigen die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften im Jahre 1911 nach Industriegruppen geordnet:

Stand der Gewerkschaften nach Industriegruppen.

1. Baugewerbe.	Mitgliederzahl am 31. Dez.	
	1910	1911
Asphalteure	1 020	1 106
Bauhilfsarbeiter ¹⁾	72 203	—
Dachdecker	7 156	8 339
Ziolerier ²⁾	800	—
Maler	41 882	45 926
Maurer	169 645	295 688 ³⁾
Steinsetzer	10 221	10 537
Stukkateure	8 580	10 781
Zimmerer	54 550	59 320
Summa	366 057	431 697

2. Metallindustrie.	Mitgliederzahl am 31. Dez.	
	1910	1911
Kupferschmiede	4 487	4 976
Maschinenisten	21 121	24 019
Metallarbeiter	464 016	515 145
Schiffszimmerer	8 891	3 511
Schmiede	14 987	16 068
Summa	508 502	564 319

3. Textilarbeiter	Mitgliederzahl am 31. Dez.	
	1910	1911
	117 254	131 426

¹ Seit dem 1. Januar 1911 mit dem Verband der Maurer zum Deutschen Bauarbeiterverband vereinigt. ² Trat im Berichtsjahre dem Deutschen Bauarbeiterverband bei. ³ Seit dem 1. Januar 1911: Deutscher Bauarbeiterverband.

4. Handels- und Transportgewerbe.		
Handlungsgehilfen	12 380	15 502
Lagerhalter	2 449	2 744
Transportarbeiter	152 954	195 249
Summa	167 783	213 495
5. Bergarbeiter		
	123 437	120 186
6. Bekleidungsindustrie.		
Barbiere	2 199	2 219
Blumenarbeiter	922	1 023
Hutmacher	9 452	10 213
Kürschner	4 546	3 995
Schneider	44 482	48 485
Schuhmacher	42 688	45 792
Summa	104 239	111 727
7. Holzindustrie.		
Bildhauer	3 606	3 797
Böttcher	8 107	8 389
Glasler	4 349	4 900
Holzarbeiter	165 042	182 750
Summa	181 104	199 836
8. Nahrungs- und Genussmittelindustrie.		
Bäcker	23 093	26 468
Brauereiarbeiter	41 303	47 654
Fleischer	3 887	5 454
Tabakarbeiter	34 046	35 449
Zigarrenfortierer	3 081	3 305
Summa	105 410	118 330
9. Gärtner		
	5 525	6 231
10. Gastwirtsgehilfen		
	11 019	13 918
11. Industrie der Steine und Erden.		
Glasarbeiter	15 742	17 853
Porzellanarbeiter	13 052	16 743
Steinarbeiter	22 416	27 703
Töpfer	11 547	12 175
Summa	62 757	74 474
12. Papier- und Lederindustrie.		
Buchbinder	28 706	30 755
Lederarbeiter	14 859	15 091
Sattler und Portefeuilier	12 600	13 819
Tapezierer	9 362	9 711
Summa	65 527	69 376
13. Polygraphische Gewerbe.		
Buchdrucker	61 938	64 793
Buchdrudereihilfsarbeiter	15 891	16 965
Lithographen, Steindrucker	16 723	17 092
Notenstecher	426	444
Xylographen	490	433
Summa	95 438	99 727
14. Fabrikarbeiter		
	167 097	189 443
15. Sonstige Berufe.		
Bureauangestellte	5 783	6 598
Gemeindearbeiter	39 262	47 376
Zivilmusiker	1 827	1 909
Summa	46 872	55 883

Gesamtergebnis der Industriegruppen.

	Mitgliederzahl am 31. Dez.	
	1910	1911
1. Baugewerbe	366 057	431 697
2. Metallindustrie	508 502	564 319
3. Textilarbeiter	117 254	131 426
4. Handels- und Transportgewerbe	167 783	213 495
5. Bergarbeiter	123 437	120 186
6. Bekleidungsindustrie	104 239	111 727
7. Holzindustrie	181 104	199 836
8. Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	105 410	118 330
9. Gärtner	5 525	6 231

	Mitgliederzahl am 31. Dez.	
	1910	1911
10. Gastwirtsgehilfen	11 019	18 918
11. Industrie d. Steine u. Erden	62 757	74 474
12. Papier- und Lederindustrie	65 627	69 876
13. Polygraphische Gewerbe	95 438	99 727
14. Fabrikarbeiter	167 097	189 443
15. Sonstige Berufe	46 872	55 883
Summa	2 128 021	2 400 018

Zunahme 271 997

Mit Ausnahme der Jahre 1905 und 1906 hat noch kein Jahr eine so hohe Zunahme aufzuweisen. In den zwei genannten Jahren betrug die Zunahme von Jahresluß zu Jahresluß wie folgt: 1905: 316 084; 1906: 369 990. Die Jahre 1907 und 1909 brachten Zunahmen von 73 853 resp. 94 605, also weniger als 100 000 jährlich, während das Jahr 1908 infolge der Krise eine Stagnation aufweist. 1910 und 1911 haben dagegen die jährliche Zunahme von über 200 000 gebracht, 1910: 235 453 und 1911: 271 997. Mit dem Einsetzen der besseren Konjunktur sind auch die organisatorischen Erfolge entsprechend größere geworden. Wenn die Zunahme 1911 nicht die von 1905/06 erreichte, so liegt das daran, daß in den beiden letztgenannten Jahren eine Hochkonjunktur von seltener Stärke den Arbeitsmarkt beherrschte, während das Jahr 1911 wohl einen lebhaften Geschäftsgang in den meisten Industriegruppen verzeichnen konnte, aber doch keine solche Hochkonjunktur wie in 1905/06. Vergleichbare Zahlen über den Andrang auf dem Arbeitsmarkte liefern die jährlichen Statistischen Beilagen des „Corr.-Bl.“ über den Arbeitsmarkt bis 1906 zurück. Demnach registrierten die öffentlichen Arbeitsnachweise pro 100 offene Stellen Arbeit-

	1906	1911
Januar	129,80	195,81
Februar	117,47	210,49
März	99,08	156,78
April	98,07	142,92
Mai	100,—	144,27
Juni	102,08	145,99
Juli	100,97	140,70
August	97,17	142,08
September	92,48	132,69
Oktober	106,10	152,26
November	127,45	181,96
Dezember	124,41	183,48

Der Andrang auf dem Arbeitsmarkt war also wesentlich größer 1911 als 1906. Diesen Ziffern kommt jedoch kein unbedingter Beweiswert zu, weil die öffentliche Arbeitsvermittlung in Deutschland noch nicht die Bedeutung erlangt hat, die sie haben müßte. Sie hat sich im letzten Jahrzehnt gewiß vorwärts entwickelt, aber doch nicht in dem Maße, daß sie die Arbeitsvermittlung wesentlich beherrschen könnte. Zudem ist ein geringer Andrang zwar ein vollgültiger Beweis für einen flotten gewerblichen Geschäftsgang, aber nicht jede kleinste Schwankung nach oben ein gegenteiliger Beweis. Immerhin dürften die obigen Zahlen zur Beurteilung der Tendenz auf dem Arbeitsmarkte ausreichen, und insofern bestätigen sie die Auffassung, daß die Hochkonjunktur von 1906 nicht wieder erreicht wurde. Das genügt vollauf, um die etwas geringere Zunahme in der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder zu erklären. Die Werbefähigkeit unserer Gewerkschaften ist ungeschwächt, mit aufsteigender Konjunktur steigen auch die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Diese Feststellung dürfte auch diejenigen in der Arbeiter-

bewegung erfreuen, die während der letzten Stagnationsperiode befürchteten, eine Aufwärtsbewegung wie vorher würde nicht wieder eintreten.

Weit zuverlässiger für die Beurteilung der Arbeitsmarktverhältnisse sind die Arbeitslosenziffern der Gewerkschaften. Ein Vergleich zwischen 1906 und 1911 ergibt pro 100 Gewerkschaftsmitglieder folgende Arbeitslosenzahlen:

	1906	1911		1906	1911
Januar	—	2,6	Juli	0,8	1,6
Februar	—	2,2	August	0,7	1,8
März	1,1	1,9	September	1,0	1,7
April	—	1,8	Oktober	1,1	1,5
Mai	—	1,6	November	1,1	1,7
Juni	1,3	1,6	Dezember	1,6	2,4

Für die Monate Januar, Februar, April und Mai 1906 liegen keine verwendbaren Zahlen vor. In allen übrigen Monaten war die Arbeitslosigkeit 1911 größer als 1906, so daß die Tendenz der Arbeitsnachweiszahlen durch diese Arbeitslosenziffern der Gewerkschaften bestätigt wird. Damit ist auch die Ursache für die höhere Zunahme 1906 erwiesen. Die Hochkonjunktur dieses Jahres war der gewerkschaftlichen Werbearbeit günstiger als die im wesentlichen zwar auch gute Konjunktur des Jahres 1911.

Daß die Stabilität unserer Organisationen zugenommen hat, wird durch die Tatsache erwiesen, daß dieses Jahr nur vier Organisationen einen Rückgang aufweisen, der jedoch nicht erheblich ist. Die Bergarbeiter verloren 3301 Mitglieder, die Kürschner 551, Schiffszimmerer 380 und die Polygraphen 27 Mitglieder. Diese Zahlen sind zwar noch nicht endgültig, da sie aber größtenteils den vorliegenden Abrechnungen entnommen sind, dürften Korrekturen kaum zu erwarten sein. Mit Ausnahme dieser vier Verbände haben sämtliche Organisationen einen Aufschwung zu verzeichnen.

Organisatorische Veränderungen traten nur im Baugewerbe ein, wo die Verbände der Bauhilfsarbeiter und Maurer sich zum Industrieverband vereinigten. Diesem, dem Deutschen Bauarbeiterverband, sind inzwischen die Isolierer und am 1. Januar des laufenden Jahres die Stukkateure beigetreten. Die großzügigen organisatorischen Erfolge, die der Verband in 1½ Jahren gemacht hat, beweisen am besten die Zweckmäßigkeit der vorgenommenen Konzentration der Kräfte.

Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen und Kämpfe war das Berichtsjahr in fast allen Industriezweigen äußerst lebhaft. Die Gewerkschaften waren genötigt, alles aufzubieten, um für ihre Mitglieder einen Ausgleich zwischen Lohn und den höheren Lebenshaltungskosten herbeizuführen. Daneben aber ist das intensive Bestreben, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, aufs freudigste zu begrüßen und die in zahlreichen Fällen erzielten Erfolge beweisen, daß die Macht der Gewerkschaften auch in den letzten Jahren erheblich gewachsen ist. Gerade der Arbeitszeitverkürzung setzen die Unternehmer einen weit heftigeren Widerstand entgegen als in vielen Fällen den Lohn-erhöhungen. Die Lohnbewegungsstatistik wird ausweisen, daß dieser Widerstand in den meisten Fällen gebrochen werden konnte.

So gehört das Jahr 1911 zu den Jahren, auf die hinsichtlich organisatorischer und materieller Erfolge der Gewerkschaften mit Befriedigung zurückblicken wird. Aber diese Erfolge müssen anspornen, alle Kräfte aufzubieten, damit unsere Gewerkschaften noch mehr als bisher zu leisten vermögen.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die Abrechnung des Verbandes der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter für das zweite Quartal schließt mit einem Mitgliederbestand von 16 332, davon 9257 weibliche Mitglieder. Die Quartaleinnahmen betragen 118 172 Mk., die Ausgaben 96 841 Mk. und der Kassenbestand 79 264 Mk. Von den Ausgaben entfallen 49 661 Mk. auf Unterstützungen, darunter 35 032 Mk. für Arbeitslosenunterstützung und 11 173 Mk. für Krankenunterstützung.

Der Verband der Glaser zählte am Schlusse des ersten Quartals 4729 Mitglieder. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung betragen in den Filialen 23 055 Mk., für Reiseunterstützung 1679 Mk. Der Hauptkassenbestand belief sich auf 95 254 Mk.

Der Centralverband der Handlungsgehilfen hat an das Reichsstatistische Amt eine Eingabe gerichtet mit der Forderung, daß bei der Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit in den Angestelltenverbänden die Mitgliederzahlen der einzelnen beteiligten Organisationen wie früher bekanntgegeben werden. Veranlaßt wurde diese Eingabe dadurch, daß der im Rückgang befindliche antisemitische Handlungsgehilfenverband sich weigert, seine Mitgliederzahlen zu veröffentlichen. Das Reichsstatistische Amt hat daraufhin die Veröffentlichung der Mitgliederzahlen überhaupt eingestellt und will sie nur dann wieder bringen, wenn die Verbände sich verpflichten, die Zahlen nicht in der Agitation zu verwenden. Der Centralverband der Handlungsgehilfen wendet sich nun in seiner Eingabe gegen diese Praxis. Die Statistik leide darunter, wenn die Verbände für sie ungünstige Zahlen verschweigen dürfen und sie bringen können, wenn sie für die betreffenden Interessenten günstig sind. Zudem sei die amtliche Feststellung der Mitgliederzahlen auch mit Rücksicht auf die Arbeiten der gesetzgebenden Körperschaften wünschenswert.

Wir können diese Stellungnahme des Centralverbandes der Handlungsgehilfen nur als korrekt anerkennen und verstehen nicht die Haltung des Reichsstatistischen Amtes. Wenn dieses die Benutzung der von ihm publizierten Zahlen in der Agitation als mit „der ganzen Zweckbestimmung“ des Amtes im Widerspruch stehend wirklich ansehen sollte, dann bleibt dem Statistischen Amt nichts anderes übrig, als seine öffentliche Tätigkeit überhaupt einzustellen! Die von dem Amt publizierten Zahlen erhalten erst dadurch einen positiven Wert, daß sie möglichst bekannt werden. Was das Amt hier als „Agitation“ bezeichnet, ist nichts anderes als die Aufklärungsarbeit, die im öffentlichen Leben stehende Personen leisten, indem sie die amtlichen Zahlen in die Kreise der Interessenten tragen. Das entspricht durchaus dem Zweck der Statistik, die doch für die Interessenten gemacht wird. Dagegen kann es nicht die Aufgabe des Reichsstatistischen Amtes sein, der Verwertung der Statistik die Grenzen zu ziehen, sondern das Amt hat lediglich für die Publikation der Zahlen zu sorgen, sofern diese der Wirklichkeit entsprechen.

Am der Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes beteiligten sich im Monat Juni 840 Zahlstellen mit 188 547 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 14 428, davon am letzten Tage des Monats 14 428 Arbeitslose. Auf je 100 Mitglieder entfielen 2,62 Arbeitslose gegen

2,86 im Vormonat und 2,02 im Juni 1911. Für Arbeitslosenunterstützung wurden an 4951 Mitglieder 113 174 Mk. und für Reiseunterstützung 13 696 Mk. verausgabt. Die Zahl der Unterstüzungstage betrug im ersteren Falle 60 200, im letzteren 15 081 Tage.

Berichtigung. In der Notiz über die Abrechnung des Zimmererverbandes für das erste Quartal in Nr. 28 des „Corr.-Bl.“ ist ein Druckfehler enthalten, um dessen Berichtigung der Verbandsvorstand uns ersucht. Auf Seite 419, erste Spalte, muß es in der achten Zeile von oben heißen: „Das ist gegenüber dem vierten (anstatt „gleichen“) Quartal des Vorjahres eine Zunahme von 1646 Mitgliedern.“
Red. d. Corr.-Bl.

Die österreichischen Centralverbände im Jahre 1911.

Was der im Januar d. J. veröffentlichte Vorbericht der österreichischen Gewerkschaftskommission ankündigte, hat der nun erschienene genaue Bericht über die Stärke und Leistungsfähigkeit der österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1911 bestätigt: Die internationalen Centralverbände schreiten vorwärts.

Durch den Abfall der Separatisten und nicht minder infolge des Einwirkens der Wirtschaftskrise haben die österreichischen Centralgewerkschaften vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1910 an Mitgliedern verloren. Erst im Jahre 1911 war es wieder möglich, einen Schritt nach vorwärts zu tun. Während im Jahre 1910 die Mitgliederzahl 400 565 betragen hatte, ist sie im folgenden Jahre auf 421 905 gestiegen. Der reine Gewinn beträgt also 21 340 Mitglieder. Am erheblichsten ist der Mitgliedererwerb in Wien und Niederösterreich, wo rund 18 000 Mitglieder gewonnen wurden. Auch in den Alpenländern gelang es, einige Fortschritte zu erzielen, während in den Sudetenländern als Folge der nationalen Zerklüftung, die Bewegung noch immer stagniert, ja sogar kleine Verluste zu verzeichnen sind. Gegenüber den Verhältnissen in den früheren Jahren ist es aber auch dort besser geworden.

Von den einzelnen Verbänden haben eine größere Anzahl Mitglieder gewonnen: Maurer 23,66 Proz., Metallarbeiter 10,04 Proz., Eisenbahner 5,14 Proz., Textilarbeiter 6,82 Proz., Gemeinbedienstete 100 Proz., Handlungsgehilfen 11,74 Proz., Bäckereiarbeiter 16,04 Proz., Chemische Arbeiter 9,48 Proz., Schneider 14,45 Proz., Gastwirtsgehilfen 63,75 Proz., Bauhilfsarbeiter 20,23 Proz., Porzellanarbeiter 11,53 Proz., Zimmerer 7,36 Proz., Tonarbeiter 18,36 Proz., Buchdruckereihilfsarbeiter 10,52 Proz., Maler und Anstreicher 5,83 Proz., Fleischer und Selcher 46,32 Proz., Bildhauer 20,44 Proz., Kürschner 13,62 Proz.

Eine größere Anzahl Mitglieder haben verloren: Bergarbeiter 22,65 Proz., Glasarbeiter 27,54 Proz., Lederarbeiter 8,61 Proz., Landwirtschaftliche Arbeiter 12,06 Proz., Handschuhmacher 13,32 Proz., Drechsler 21,77 Proz., Zuberbäder 14,54 Proz., Ziegeleiarbeiter 9,79 Proz.

Der größte österreichische Centralverband ist der der Eisenbahner mit 59 470 Mitglieder, an zweiter Stelle steht der Metallarbeiterverband mit 56 121 Mitglieder, an dritter Stelle die Union der Textilarbeiter mit 41 609 Mitglieder. Der letztgenannte Verband ist auch dadurch bemerkenswert, daß er eine sehr große Anzahl weib-

licher Mitglieder (15 907) besitzt. Insgesamt haben die österreichischen Centralverbände 373 914 männliche und 47 991 weibliche Mitglieder. Während sich die Zahl der männlichen Mitglieder nur um 4,47 Proz. erhöhte, stieg die der weiblichen Mitglieder im Berichtsjahre um 12,51 Proz. In den letzten Jahren haben die Frauen, was die Mitgliederzahl anlangt, fast stets besser abgeschnitten, als die Männer. Diese Erscheinung dürfte damit zusammenhängen, daß gegenwärtig eine große Bewegung durch die österreichische Frauenwelt geht. Noch nie zuvor haben sich die Arbeiterfrauen so regem um die Fragen der Gesetzgebung, des Wahlrechts usw. gefümmert als jetzt. Große Schichten proletarischer Frauen sind zum Kampfe erwacht und nun beteiligen sie sich sowohl in den politischen als auch in den gewerkschaftlichen Organisationen viel mehr als früher.

Sehr befriedigend ist der Prozeß innerer Festigung der österreichischen Gewerkschaften, wie er sich in der finanziellen Gebarung der Centralverbände widerspiegelt. Die Gesamteinnahmen betragen 9 191 346,06 Kronen, die Gesamtausgaben 8 542 182,27 Kronen. Der Vermögensstand stieg von 11 377 344,99 auf 13 145 274,37 Kronen. Außerdem besitzen die Centralverbände noch einen separat verwalteten Streikfonds in der Höhe von 4 648 898,03 Kronen. Die Gewerkschaftskommission verfügt über einen besonderen Fonds, den Solidaritätsfonds, der nur bei großen Kämpfen oder in außergewöhnlichen Fällen in Anspruch genommen wird. Auf den Kopf eines Mitgliedes berechnet, haben unsere Gewerkschaften je 31,15 Kronen reines Vereinsvermögen, ohne Streikfonds. Unsere reichsten Verbände sind die der Buchdrucker, Krankenkassenangestellte, Gutmacher, Ledergalanteriearbeiter, Brauereiarbeiter, Buchbinder, Drechsler, Lithographen und Handschuhmacher.

Während die Einnahmen im Berichtsjahre eine sehr erhebliche Steigerung aufwiesen, sind — infolge der günstigeren Wirtschaftskonjunktur — die Ausgaben nicht in demselben Maße gestiegen. Immerhin wurde aber auch im Jahre 1911 eine ansehnliche Summe für Unterstützungen ausbezahlt, wie aus der folgenden Uebersicht hervorgeht:

Art der Unterstützungen	Kronen	Per Kopf d. Mitgliedes Kronen
Ausgaben für Reiseunterstützung . . .	209 633,66	0,49
„ „ Arbeitslosenunterstützung . . .	1 332 867,78	3,16
„ „ Krankenunterstützung . . .	1 000 174,05	2,37
„ „ Invalidenunterstützung . . .	304 144,71	0,72
„ „ Beihilfe in Sterberällen . . .	244 088,38	0,58
„ „ Notfallunterstützung . . .	833 001,88	1,26
Summa	3 623 865,46	8,58

Außerdem wurden 150 989,89 Kronen für den Mitgliedern gewährten Rechtschutz ausgegeben. Streikende und Gemäßigerte wurden mit insgesamt 400 780,16 Kronen unterstützt.

Ueber die Nationszugehörigkeit der Gewerkschaftsmitglieder vermag man sich am besten zu orientieren, wenn man die Auflage der Fachblätter in Betracht zieht. Wir gelangen da zu folgender Uebersicht:

Einmalige Auflage 1911	In Prozenten der einmaligen Gesamtauflage			
	1911	1910	1909	1908
Deutsche Fachblätter	345 950	73,52	71,60	67,89
Tschechische	84 750	18,02	20,54	25,21
Polnische u. ruthenische Fachblätt.	21 000	4,46	4,63	4,77
Italienische Fachblätter	12 260	2,60	2,24	1,93
Slowenische	6 600	1,40	0,99	0,80
Zusammen	470 560	100,00	100,00	100,00

Nr. 29

Die markanteste Erscheinung in dieser Uebersicht ist das prozentuale Zurückgehen der Auflage der tschechischen Fachblätter, was seinen Grund natürlich in dem Abfall der Separatisten hat. Trotzdem sind noch immer sehr viele Tschechen in den internationalen Centralverbänden organisiert. Nach der bisherigen Schätzungsart über das Verhältnis der Auflagen der Fachblätter zur Nationszugehörigkeit der Mitglieder, werden rund 70 000 tschechische Arbeiter in den Centralverbänden stehen, die nur tschechische Fachblätter lesen und obligatorisch beziehen. Das ist eine ansehnliche Zahl. Die separatistischen Gewerkschaften haben selbst unter den Tschechen noch immer kein entscheidendes Uebergewicht. Sie zählten im Jahre 1910 rund 75 000 und hatten Ende 1911 rund 85 000 Mitglieder.

Alles in allem können die internationalen Centralverbände mit dem Ergebnis ihrer Tätigkeit im Jahre 1911 zufrieden sein. Sie haben nach einigen Jahren der Unterbrechung wieder die Bahn rüstigen Fortschreitens betreten, um sie wohl so bald nicht wieder zu verlassen. J u l. D e u t s c h.

Kongresse.

XIV. ordentlicher Verbandstag des Centralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Dresden, vom 24. bis 29. Juni.

Es nahmen daran teil 75 Delegierte, 10 Gauleiter, 4 Vertreter des Vorstandes und je ein Vertreter der Redaktion des Fachorgans und des Ausschusses. Von ausländischen Bruderorganisationen hatten die in England, Dänemark und Schweden Vertreter gesandt.

Nach dem Bericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag, hatte die Schuhindustrie auch noch in der verfloßenen Geschäftsperiode unter den Nachwirkungen der letzten Wirtschaftskrise zu leiden. Daß die Schuhindustrie die Folgen der Krise noch nicht überwinden konnte, wird auf die allgemeine Leuerung zurückgeführt, die ihre Ursache in der deutschen Zoll- und Steuerpolitik hat. Ganz besonders hatte der Teil der Industrie darunter zu leiden, der die Stapelware fabriziert, die von der Arbeiterklasse konsumiert wird. In einzelnen Schuhzentren, so vor allem in Weissenfels, hat in den letzten Jahren eine Arbeitslosigkeit geherrscht, die alles bisher dagewesene übertraf. Der ungünstige Geschäftsgang in der Schuhindustrie zeigt sich auch in der Steigerung der Ausgaben für die verschiedenen Unterstützungsanstalten. Es wurden verausgabt für

	1906/07	1908/09	1910/11
	Mk.	Mk.	Mk.
Arbeitslosenunterstütg.	79864,46	260320,43	254666,60
Reiseunterstützung . . .	37051,96	45546,19	47505,79
Umgangsunterstützung	15582,92	14753,55	15594,60
Krankenunterstützung	256519,61	364007,31	367715,95
Wöchnerinnenunterstütg.	5928,—	8606,—	8160,—
Notfall- u. Maßregelungsunterstützung	12458,23	11871,41	3194,—
Sterbeunterstützung . . .	12471,—	15594,52	18300,60
Streikunterstützung . . .	290472,88	205618,40	366834,09
Rechtschutz	3566,28	8619,97	4647,77
Summa	713915,34	929485,60	1113657,95

Ueber das Tarifvertragswesen wird berichtet, daß dasselbe auch in der letzten Geschäftsperiode weitere Fortschritte gemacht hat. Es gäbe heute Fabrikanten in der Schuhindustrie, die geradezu auf den Abschluß von Tarifverträgen drängen, nur gegen den Abschluß eines nationalen Vertrages

sträuben sie sich. Wie sich das Tarifwesen entwickelt hat, zeigt folgende Tabelle:

	Zahl der Tarifverträge	Zahl der Betriebe	Zahl der erfassten Personen
A. Handwerksbetriebe:			
31. Dezember 1907	52	6125	9438
31. " 1908	68	5502	8556
31. " 1909	71	4944	8443
31. " 1910	92	6220	10767
31. " 1911	95	5712	9772
B. Fabrikbetriebe:			
31. Dezember 1907	21	22	1599
31. " 1908	13	18	1641
31. " 1909	7	10	1985
31. " 1910	23	31	3478
31. " 1911	29	50	4294

Es bestanden danach am 31. Dezember 1911 124 Tarifverträge für 5762 Betriebe mit 14 006 Arbeitern, davon waren 8619 Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher.

Ueber die vom letzten Verbandstag beschlossene Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnte nicht berichtet werden, weil sie noch nicht abgeschlossen ist. Dagegen wurde der Versuch gemacht, die Zahl der in der Schuhindustrie Beschäftigten statistisch zu erfassen. An den Orten, aus welchen Berichte eingesandt wurden, waren insgesamt 85 513 Personen in der Schuhindustrie und -handwerk beschäftigt; hiervon waren 39 411 = 46,09 Proz. organisiert. In den Fabriken allein waren 69 100 Personen beschäftigt, davon 25 775 weibliche und 9419 jugendliche. Außerdem beschäftigten die Fabriken 7593 Heimarbeiter.

Die Zahl der Mitglieder hat in der Berichtsperiode eine ganz erfreuliche Steigerung erfahren. Sie betrug am Schluß des Jahres 1909: 36 336 und am Schluß des Jahres 1911: 45 792 Mitglieder, darunter 8562 weibliche; das ist ein Mehr von 9456 Mitgliedern. In seinem mündlichen Bericht gab der Vorsitzende auch ein Bild der Entwicklung des Verbandes seit seinem Bestehen. Danach zählte er am Schluß des ersten Geschäftsjahres 1884 und in weiterer Folge jeweils am Jahreschluß:

Jahr	Mitgl.	Jahr	Mitgl.
1884	3 011	1900	19 558
1888	5 836	1905	28 542
1890	14 019	1910	42 688
1895	9 895	1911	45 792

und im 1. Quartal 1912 46 776 Mitglieder.

Die internationalen Beziehungen sind die gleichen geblieben; es besteht aber die Hoffnung, daß sie in kurzer Zeit eine Erweiterung erfahren durch den Beitritt von Amerika und England zur Internationalen Schuhmacher-Union.

Ueber Lohnbewegungen und Streiks wird berichtet, daß insgesamt 600 Bewegungen mit 48 721 Beteiligten stattfanden (1908/09 waren es 272 mit 14 077 Beteiligten). Angriffsbewegungen fanden 458, Abwehrbewegungen 135 und Ausperrungen 7 statt. Das Gesamtergebnis dieser Bewegungen ist folgendes: 25 514 Personen erzielten 97 574 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 19 942 Personen 33 543 Mk. Lohnhöhung pro Woche. Das sind pro Person 3¼ Stunden Arbeitszeitverkürzung und 1,68 Mk. Lohnhöhung pro Woche. Wird das Jahr zu 50 Arbeitswochen gerechnet, dann haben bei einer kürzeren Arbeitszeit 19 942 Personen im Durchschnitt 84 Mk. im Jahr mehr Lohn erzielt.

Bemerkenswert ist, daß auch die Bewährung von Ferien unter Fortbezahlung des Lohnes immer mehr an Bedeutung gewinnt. Ist die Zahl der Be-

triebe auch noch nicht groß, die ihren Arbeitern diese Vergünstigung gewähren, so kann der Vorstand doch berichten, daß schon in 16 Fabrik- und 10 handwerksmäßigen Betrieben und in einer Schnellsohlerei die Feriengewährung eingeführt ist. Diese Betriebe beschäftigen insgesamt 4600 Arbeiter, von welchen circa 1800 Ferien erhalten.

Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß bei einem Kassenvortrag von 465 928,72 Mk. aus der vorhergehenden Geschäftsperiode die Gesamteinnahmen in 1910 und 1911 2 354 014,44 Mk. betrugen. Die Gesamtausgaben betrugen 1 797 360,43 Mk. Der Verband verfügte demnach am Schluß des Jahres 1911 über einen Kassenbestand von 556 654,01 Mk.; davon waren in den Zahlstellen 4111,98 Mk.

Ueber die Höhe der wichtigsten Posten und ihren prozentualen Anteil an den Gesamtausgaben in den letzten beiden Geschäftsperioden informiert folgende Tabelle:

Berichtszeit 1908/09				Berichtszeit 1910/11				
Betrag		Auf d. Mitgl. entfall.		Betrag		Auf d. Mitgl. entfall.		
M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	
260320	43	7	19,2	Arbeitslofenunterstützung . . .	254666	60	5	97,4
364007	31	9	94,8	Krankenunterstützung . . .	387715	95	9	09,5
46546	19	1	23,5	Reiseunterstützung . . .	47505	79	1	11,1
14753	55	41,8		Umzugsunterstützung . . .	15594	60	36,5	
8606	—	22,9		Böchnerinnenunterstützung . . .	8160	—	19,2	
4222	20	11,5		Notfallunterstützung . . .	3194	—	07,5	
15594	74	42,8		Unterstützung in Sterbefällen . . .	18300	60	42,9	
7149	01	19,8		Wahregelungsunterstützung . . .	7538	54	17,3	
3619	97	09,8		Rechtsschutz . . .	4647	77	10,4	
205616	40	5	62,7	Streitunterstützung . . .	366334	09	8	60,0
286372	34	7	82,7	20% Ortsausgaben . . .	354765	67	8	32,2
12566	95	34,7		Generalvers. u. Kongresse . . .	16536	38	37,3	
91011	86	2	48,8	Kosten des Fachblattes . . .	106007	97	2	48,5
12274	—	34,2		Beiträge z. G. A. u. Int. Union . . .	14787	08	34,8	
18388	—	50,7		Zuschüsse an die Gaue . . .	30035	84	70,5	
53112	37	1	44,2	Zuschüsse an die Zahlstellen . . .	22080	82	51,5	
75729	54	1	93,4	Persönl. Verwaltungsausgab. . .	82332	89	1	94,6
39839	30	1	09	Sachliche . . .	35358	87	89,0	
465928	72	12	73,4	Sonstige . . .	21196	92	49,6	
				Kassenbestände (Vermögen) . . .	556654	01	13	06,0
					2354014	44	55	19,8

Dem Bericht des Vorstandes, der vom Vorsitzenden noch wesentlich mündlich ergänzt und erläutert wurde, folgte der des Ausschusses. Nach zweitägiger Debatte, bei der Verwaltungsmassnahmen des Vorstandes, die Finanzgebarung des Verbandes, die Agitation, die Ausübung von Reichstags- und Landtagsmandaten angestellter Beamten und anderes mehr eine eingehende Erörterung erfuhren, wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Für statistische Arbeiten wird im Hauptbureau ein Hilfsarbeiter angestellt. Ueber die Betriebe, die in Strafanstalten ihre Waren herstellen lassen, soll der Vorstand eine Umfrage veranstalten und das Ergebnis derselben den Konsumgenossenschaften mitteilen. In der Holzschuh- und Holzpantoffelfabrikation soll eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aufgenommen und eine rege Agitation unter denselben vorgenommen werden. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, mit dem Vorstand des Holzarbeiterverbandes zwecks Verständigung über die Verbandszugehörigkeit der Holzschuh- und Pantoffelmacher in Verbindung zu treten (nach Ansicht der Antragsteller gehören sie zum Schuhmacherverband) und der Lehrlingsfrage näher zu treten. Eine Reihe weiterer Anträge, die Agitation und die Ausgestaltung des Fachorgans usw. betreffend, fanden dadurch

ihre Erledigung, daß Vorstand und Redakteur erklärten, den ausgesprochenen Wünschen Rechnung tragen zu wollen. Hierauf wurde dem Gesamtvorstand, Ausschuß und Redakteur einstimmig Decharge erteilt.

In geschlossener Sitzung verhandelte darauf der Verbandstag über die Unternehmerorganisationen und die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks. An der Hand eines reichhaltigen Materials zeigte der Referent Simon, wie die Organisation des Unternehmertums immer weitere Fortschritte macht und damit die Gewerkschaft vor immer größere und schwierigere Aufgaben stellt. Eingehend behandelte er die nach der neueren Situation einzuschlagende Taktik, das Verhältnis zwischen Führern und Mitgliedern und wie die Organisation ausgebaut werden muß, um ihren Aufgaben gewachsen zu sein. Dazu sei notwendig, daß die Mitglieder zu tüchtigen Gewerkschaftlern erzogen werden, das Vertrauen zwischen Führern und Mitgliedern gefestigt und eine leistungsfähige Kasse geschaffen wird. Um das letztere zu erreichen, wurde sowohl vom Referenten, wie vom größten Teil der nachfolgenden Diskussionsredner einer Beitragserhöhung das Wort geredet. Die Meinung ging nur darüber auseinander, ob der Beitrag um 5 oder 10 Pf. erhöht werden soll. Obwohl nach der Diskussion zu schließen war, daß sich eine große Majorität für eine Erhöhung um 10 Pf. entscheiden würde, wurde sie jedoch nur mit einer Stimme Majorität, 38 gegen 37 Stimmen, beschlossen. Nunmehr beschäftigten sich Vorstand und Ausschuß mit der Frage, ob der mit so geringer Majorität gefasste Beschluß auch ausgeführt werden soll. Der Vorsitzende teilte mit, daß man sich nach reiflicher Prüfung entschlossen habe, zu empfehlen, den Beschluß auszuführen, um keinen Präzedenzfall für die Zukunft zu schaffen. Danach beträgt der Beitrag für die Folge: 1. Klasse 35, 2. Klasse 50 und 3. Klasse 65 Pf. Nach einer längeren Diskussion, ob den Ortsverwaltungen auch vom erhöhten Beitrag 20 Prozent verbleiben sollen, wurde dem Vorschlage des Vorstandes entsprechend beschlossen, daß je nach der Klasse von jeder Marke 6, 9 resp. 12 Pf. am Ort zurückbehalten werden können.

Ferner wurde beschlossen, „daß der Vorstand in Zukunft noch mehr wie bisher im Sinne von Tarifverträgen und Mindestlöhnen wirken soll.“ Eine Differenz, die zwischen der Mitgliedschaft Hamburg und einer in Altona von organisierten Arbeitern gegründeten Genossenschaft, die Hauschuhe, Pantoffeln und Kinderschuhe usw. fabriziert, besteht, wurde dem Vorstand zur Untersuchung überwiesen.

Im Anschluß hieran wurde der „Bericht vom internationalen Schuhmacherkongreß in Kopenhagen“ entgegengenommen. Nachdem der Referent, Genosse Weikers, die Entwicklung der internationalen Schuhmacherverunion, die Schwierigkeiten, die sie zu überwinden hatte und den gegenwärtigen Stand der Bruderorganisationen im Auslande geschildert hatte, wurde beschlossen, daß zum nächsten internationalen Schuhmacherkongreß, der im Jahre 1913 in Wien stattfindet, 6 Delegierte, darunter je ein Vertreter des Vorstandes, Ausschusses und der Redaktion, entsandt werden. Den Vertreter des Vorstandes bestimmt dieser selbst.

Ueber den internationalen Arbeiterkongreß in Kopenhagen referierte der Vorsitzende des Ausschusses, Genosse Haupt, der in eingehender Weise darlegte, wie die Arbeiterinter-

nationale entstanden und sich bis zu ihrer heutigen Höhe und Bedeutung entwickelt hat. Die in Kopenhagen gefassten Beschlüsse wurden vom Referenten in entsprechender Weise gewürdigt. Die Delegierten zum nächsten internationalen Kongreß soll der Vorstand aus der Delegation zum internationalen Schuhmacherkongreß bestimmen.

Hierauf wurde der Rest der allgemeinen Anträge erledigt und von diesen u. a. folgende angenommen: Die Redaktion des Fachblattes ist verpflichtet, vor Annahme von Inseraten, durch welche Arbeitskräfte gesucht werden, Erkundigungen einzuziehen, ob in den in Frage kommenden Betrieben Differenzen bestehen. Streikankündigungen und Sperren dürfen nur durch den Centralvorstand im Fachorgan bekanntgegeben werden.

Anträge aus Berlin und Hamburg, die durch eine andere Regelung der Gehaltsfrage der Beamten die Höchstgrenze des zu erreichenden Gehalts herabgesetzt wissen wollten, wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Zu einer längeren Auseinandersetzung führte ein Antrag, die Befoldung der Lokalbeamten vom Hauptvorstand zu übernehmen. Der Antrag wurde angenommen. Demzufolge dürfen nach Inkrafttreten dieses Beschlusses die Zahlstellen, die angestellte Beamte haben, nur 10 Proz. der Beiträge am Ort zurückbehalten, der Rest soll für die Befoldung der Beamten an die Hauptkasse gesandt werden. Das Endgehalt der Lokalbeamten wurde von 2600 auf 2700 Mk. erhöht.

Endlich wurde beschlossen, daß an der Erstreben der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit festgehalten wird, daß aber dort, wo der neunstündige Arbeitstag bereits erreicht ist, der Erlangung des freien Sonnabendnachmittags von der Organisation nichts in den Weg gelegt werden soll.

Inzwischen hatte die Statutenberatungskommission ihre Arbeiten beendet, über deren Ergebnis der Obmann derselben Bericht erstattete. Die meisten Anträge, die die Kommission zur Annahme empfahl und die auch vom Verbandstag beschlossen wurden, waren rein geschäftlicher Natur oder nur solche Änderungen, die die praktische Anwendung des Statuts gebot. Von allgemeiner Bedeutung sind folgende Beschlüsse: Für Jugendliche und Lehrlinge wird eine besondere Beitragsklasse eingerichtet, in der dieselben einen wöchentlichen Beitrag von 20 Pf. errichten; dafür erhalten sie Kranken- und Arbeitslosenunterstützung 2,40 Mk. pro Woche und eine Streikunterstützung von 5 Mk. pro Woche.

Wenn gegen ein Mitglied ein Ausschlußverfahren schwebt, so ruhen während der Dauer desselben alle statutarischen Rechte und Pflichten; eventuelle Unterstützungen werden nachgezahlt, wenn der Ausschluß abgelehnt wird. Weiter wurde die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung neu geregelt.

Die Streikunterstützung wird in allen Klassen um 2,50 Mk. pro Woche erhöht. Sie beträgt demnach in der 1. Klasse bei einer Mitgliedsdauer von 3—12 Monat 7,90 Mk. und über 12 Monat 10 Mk. pro Woche und in der 2. und 3. Klasse bei einer Mitgliedsdauer von 3—12 Monat 11,50 Mk. und über 12 Monat 14,50 Mk. pro Woche. An einem Ort darf in Zukunft nur eine Zahlstelle bestehen. — Die Gauleiter werden vom Vorstand provisorisch angestellt, die endgiltige Wahl erfolgt durch den Verbandstag. Die zu einem Verbandstag gewählten Delegierten behalten ihr Mandat bis zur Einberufung des nächsten Verbandstages.

Die Wahlen zu den Verbandstagen sollen in Zukunft u. a. derart erfolgen, daß die Agitationsbezirke unter Ausschreibung der Filialen mit 500 und mehr Mitgliedern einen Wahlbezirk bilden, und daß eine Filiale nicht mehr als 6 Delegierte zu wählen hat.

Bis zum nächsten Verbandstag soll der Vorstand einen Anstellungsvertrag für die Angestellten des Verbandes ausarbeiten, in dem auch die Frage der politischen Betätigung derselben geregelt wird. Das neue Statut tritt am 1. Oktober 1912 in Kraft. Ferner wurde beschlossen, daß, wenn zur Unterstützung der Kämpfe anderer Gewerkschaften von der Generalkommission ein Umlageverfahren eingeleitet wird, der Vorstand das Recht hat, sofern es die Kassenverhältnisse als notwendig erscheinen lassen, eine Extrasteuer zu erheben.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Angestellten sämtlich einstimmig wiedergewählt. Das gleiche geschah mit dem Redakteur des Fachorgans und dem Vorsitzenden des Ausschusses, der seinen Sitz in Magdeburg behält. Auch alle amtierenden Gauleiter des Verbandes wurden einstimmig wiedergewählt.

Der 18. Verbandstag des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter,

der vom 10. bis 15. Juni in Mannheim stattfand, war der erste Verbandstag nach der vor zwei Jahren erfolgten Verschmelzung des Brauereiarbeiter- und des Mühlenarbeiterverbandes. Der Vorstand stellt in seinem Geschäftsbericht fest, daß die Verschmelzung ohne alle größeren Schwierigkeiten erfolgte, und daß mit wenigen Ausnahmen das Zusammenleben sowohl in den Zahlstellen wie in der Hauptverwaltung ein recht verständiges und kollegiales war. Das Resultat der Verschmelzung wird als ein befriedigendes bezeichnet.

Die Einnahme aus Beiträgen betrug in den Berichtsjahren 1910 und 1911 1 909 578,75 Mk., der Vermögensbestand am 31. Dezember 1911 nur 1 168 690,28 Mk. Die Zahl der Mitglieder betrug 46 264 bei 85 491 im Bereich der örtlichen Zahlstellen Beschäftigten.

Die Tätigkeit des Verbandes für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder war eine befriedigende. Angriffsbewegungen wurden in der Berichtszeit 748 mit 1623 Betrieben und 46 270 Beschäftigten unternommen. Davon verliefen 510 erfolgreich, 216 mit teilweisem Erfolg und 28 waren erfolglos. Ohne Streit fanden 635 Bewegungen mit 1453 Betrieben und 41 326 Personen ihre Erledigung. Bei 118 Bewegungen mit 170 Betrieben und 4954 Beschäftigten kam es zur Arbeitsniederlegung. Dazu kommen noch 48 Abwehrstreiks und 9 Aussperrungen. Erreicht wurde durch die Bewegungen: im Jahre 1910 eine Arbeitszeitverkürzung für 19 902 Personen um 70 521 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung für 26 759 Personen um 49 615 Mk.; im Jahre 1911 eine Arbeitszeitverkürzung für 11 154 Personen um 38 666 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung für 15 579 Personen um 33 123 Mk. Das ergibt in beiden Jahren zusammen für 31 056 Personen 109 187 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 42 338 Personen 82 738 Mk. Lohnerhöhung pro Woche. Also ganz schöne Erfolge!

Die meisten Lohnbewegungen endeten mit Abschluß von Tarifverträgen. Im Jahre 1910 wurden 313 Verträge für 776 Betriebe mit 26 925 beschäftigten Personen und im Jahre 1911 841 Tarifver-

träge für 522 Betriebe mit 14 099 Beschäftigten vereinbart. Am Ende der Geschäftsperiode bestanden 795 gültige Verträge für 1587 Betriebe mit 54 540 beschäftigten Personen.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes führte zu keiner bemerkenswerten Diskussion; die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Gegensätze, die zwischen Vorstand und Ausschuß bestanden, wurden einer Kommission zur Erledigung überwiesen.

Der Bericht des Geschäftsführers der Augsburger Gesellschaftsbrauerei, an der der Verband stark beteiligt ist, wurde in geschlossener Sitzung behandelt, ebenfalls der Punkt: „Richtlinie für Lohnbewegungen und Kämpfe“. Der Verbandsvorsitzende Ebel hielt hierzu ein groß angelegtes, fast dreistündiges Referat. Das Ebel'sche Referat bewegte sich in der Richtung: die Kämpfe kritisch zu würdigen, die Taktik der Unternehmer zu zeigen und aus den gemachten Erfahrungen heraus bestimmte Richtlinien für die Einleitung und Führung der Kämpfe aufzustellen. Ebel verbreitete sich besonders über das Verhalten der Unternehmer, die Verhandlungen zu zentralisieren, und wies darauf hin, es sei unbedingte Notwendigkeit des Verbandes, sich darauf gefaßt zu machen, daß es auch im Brauerberufe zu zentralen Bewegungen und Kämpfen kommen wird. Das Mittel des Boykotts solle man nicht überschätzen. Der Redner wies dabei auf die Durchführung der Boykotts in der Mühlenindustrie hin. Er empfahl den Delegierten, dafür zu sorgen, daß die Vereinbarungen mit dem Centralverband deutscher Konsumvereine in allen Fällen eingehalten werden. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Ebel die Notwendigkeit der Schaffung eines Kriegsschatzes, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

In der Diskussion, die sich dem Referat anschloß, stimmten die Redner in den Hauptpunkten den Ausführungen des Referenten zu.

Dann sprach das Vorstandsmitglied Bachert über: Erfordernisse und Praxis der Verwaltungsaufgaben.

Bei der Statutenberatung handelte es sich vor allem um die Frage, ob eine Beitragserhöhung vorgenommen werden solle. Nach längerer Beratung wurde gegen wenige Stimmen ein Antrag Hodapp-Berlin angenommen, in dem ausgesprochen wird, daß Beiträge und Unterstützungen bis zum nächsten Verbandstag unverändert bleiben, daß der Vorstand dem nächsten Verbandstag eine Vorlage zu unterbreiten hat, die das Beitrags- und Unterstützungen neu regelt, und daß diese Vorlage drei Monate vor dem Verbandstag in der Verbandszeitung zur Diskussion zu stellen ist.

Zu den Bestimmungen über die Beiträge fand ein Antrag des Vorstandes Annahme, daß, wenn zur Unterstützung größerer Streiks und Aussperrungen seitens der Generalkommission eine Umlage ausgeschrieben wird, diese durch Extrabeiträge zu erheben ist, zu deren Zahlung jedes Mitglied verpflichtet ist.

Die Arbeitsnachweisfrage soll in Zukunft mehr als bisher gefördert werden. Bei Lohnbewegungen soll für die Beseitigung der Lohnstaffelungen eingetreten werden. Der Vorstand soll eine Geschichte des Verbandes herausgeben. Der vom Vorstand in Aussicht genommenen Begründung eines Ferienheims für die Verbandsmitglieder stand der Verbandstag ablehnend gegenüber.

Die bisherigen Funktionäre wurden wieder-

Hägern (der amerikanischen Antiboykottvereinigung) als Untersuchungsrichter eingesetzt und dann die Verfolgung zu Ende geführt. Der Richter hat Zeugen verhört, und er hat selbst über die Glaubwürdigkeit der Zeugen entschieden. Tatsachen und Beweise wurden unterdrückt und ins Gegenteil verkehrt und meine und meiner Kollegen Motive und Zwecke wurden vollständig entstellt. Weder in den Zeugenaussagen noch sonstwo ist eine einzige Tatsache zu finden, worin die Darstellung des Richters Wrights begründet wäre, daß wir irgendein Gesetz der Nation, des Staates oder des Bezirkes Kolumbien verletzten. Wir standen dafür ein, daß ein Gericht kein Recht habe, im voraus eine Veröffentlichung zu verhindern; dafür, daß jedermann, der etwas spricht oder veröffentlicht, das empörend oder schmähend ist, sich vor einem Geschworenengericht zu verantworten habe. Aber der Versuch, im voraus den mündlichen oder schriftlichen Meinungs Ausdruck zu verhindern, ist ein ungehöriger Eingriff in verfassungsmäßig gewährleistete Rechte. Das, wofür meine Kollegen und ich einstanden, ist die Hochhaltung der Rede- und Pressefreiheit, und wir stehen damit nicht für Rechte der Arbeiterbevölkerung allein ein, sondern für Rechte aller Bürger unseres Landes. Heute wird der Versuch gemacht, uns die Rede- und Pressefreiheit zu nehmen. Wenn diese Praxis einmal feststeht, so bedeutet das, daß der „heilige Präzedenzfall“ gegen jeden Bürger angerufen wird. Es wäre die Einführung der Präventivzensur durch die Gerichte, die Einführung des persönlichen Regiments. So wie dieses vorrückt, tritt die Herrschaft des Gesetzes, die Regierung durch das Volk, zurück. Richter Wright lebt in unserer Zeit; doch sein Urteil zeigt geistige Begriffe, die zwei Jahrhunderte zurückliegen, die der Zeit angehören, da der Arbeiter entweder Sklave oder Leibeigener war. Er erkennt nicht, daß die Arbeiter von heute, mindestens in den Vereinigten Staaten, Bürger mit jedem von der Verfassung garantierten Recht sind. . . . — Gompers erwähnt u. a. auch, er habe erfahren, daß das Urteil schon vor einem Monat fertig war, doch wurde seine Verkündung wegen des republikanischen Parteitages in Chicago hinausgeschoben. Der Zweck dieses Vorgehens ist klar, denn das Urteil wäre Wasser auf die Mühle der „radikalen“ Opposition gewesen. Doch das Urteil, das Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre gegen Männer ausspricht, die ihr Leben der Hebung der Arbeiterklasse widmeten und die nichts taten als ein bis dahin allgemein als gesetzlich anerkanntes Mittel im Klassenkampf anzuwenden, dieses Urteil sollte der amerikanischen Arbeiterschaft deutlich vor Augen führen, daß sie in ihrem Emanzipationskampf auf sich selbst angewiesen ist, und daß sie vom Bürgertum und seinen Parteien nichts zu erwarten hat als neue Fesseln. F.

Partelle und Sekretariate.

Gewerkschaftssekretär für Crefeld gesucht.

Für das Gewerkschaftssekretariat Crefeld wird zu sofortigem Antritt ein Sekretär gesucht. Derselbe muß rednerisch und schriftstellerisch befähigt sein und genaue Kenntnis des Partei- und Gewerkschaftslebens besitzen. Es wird auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert. Selbstgeschriebene Offerten mit Lebenslauf sind unter der Aufschrift „Tüchtig“ bis spätestens 25. d. M. an Karl Kuhwald, Breite Straße 59, zu richten.

Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse“.

Genossenschaftliches.

Vom neunten Genossenschaftstag.

Vom 17. bis 19. Juni fand in Berlin der Neunte Genossenschaftstag des Centralverbandes deutscher Konsumvereine statt, der von 1100 Delegierten und zahlreichen Gästen besucht war. Die Zahl der dem Centralverbande angeschlossenen Konsumvereine betrug 1911: 1142 mit 1 313 422 Mitgliedern, 19 073 beschäftigten Personen, 355,5 Millionen Mark Umsatz im eigenen Geschäft, 41,3 Millionen Mark eigenem Kapital, 39,2 Millionen Mark Spareinlagen und 32,0 Millionen Mark Hypotheken. Ferner waren dem Centralverband Ende 1911 angeschlossene 39 Produktivgenossenschaften mit 10 590 Mitgliedern, 1187 beschäftigten Personen, 8,7 Millionen Mark Umsatz im eigenen Geschäft, 1,4 Millionen Mark eigenem Kapital, 1,4 Millionen Mark Spareinlagen und 3,1 Millionen Mark Hypotheken sowie eine Großeinkaufsgesellschaft mit 1296 beschäftigten Personen, 109,6 Millionen Mark Umsatz im eigenen Geschäft, 5,4 Millionen Mark eigenem Kapital, 19,3 Millionen Mark Spareinlagen und 1,6 Millionen Mark Hypotheken. Insgesamt repräsentiert also der Centralverband deutscher Konsumvereine Ende 1911: 1182 Vereine mit 1 324 012 Mitgliedern und 21 556 beschäftigten Personen, 478,9 Millionen Mark Geschäftsumsatz, 48,2 Millionen Mark eigenem Kapital, 60 Millionen Mark Spareinlagen und 36,7 Millionen Mark Hypotheken. In den einzelnen Bezirken des Reichs ist die Konsumgenossenschaftliche Entwicklung sehr verschieden fortgeschritten, wie die folgende Uebersicht über den Stand der Unterverbände für 1911 zeigt.

Unterverbände	Vereine	Mitglieder	Beschäft. Personen	Umsatz im eig. Geschäft in M.
Bayern	98	93480	1357	21804841
Brandenburg und Ostdeutschland	106	146698	1855	29450253
Mitteldeutschland	131	101550	1964	29275475
Nordwestdeutschland	176	235190	3395	64132438
Rheinland - Westfal.	70	166723	2866	46882800
Sachsen	175	273793	4576	87080479
Südwestdeutschland	115	106870	1595	26904083
Thüringen	234	114647	1879	36011934
Württemberg	76	83892	876	22748150

Der erfreuliche Aufschwung zeigt sich besonders darin, daß seit 1903, dem Gründungsjahr des Centralverbandes, die Zahl der angeschlossenen Vereine um 72,5 Proz., die der Mitglieder um 130 Proz., die der beschäftigten Personen um 277,5 Proz. und der Geschäftsumsatz um 200 Proz. stieg.

Nach Erledigung der Begrüßungsansprachen zum Empfang der zahlreichen Gäste sprach der Verbandssekretär Herr Kaufmann über den internationalen Genossenschaftsbund, seine Aufgaben und Veröffentlichungen.

Den Bericht des Vorstandes gab Herr Barth an Stelle des erkrankten Vorsitzenden Madestod. Er würdigte das schnelle Wachstum des Verbandes und seiner Vereine, das riesenhafte Anschwellen der Eigenproduktion, die Entwicklung der Verlagsanstalt und der Unterstützungskasse sowie der Revisionsverbände und der Verbandssekretariate, berührte dann bei der Darlegung der Arbeiten des Vorstandes die leidige Steuerfrage und die Bestre-

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Beilegung des Kampfes in der Metallindustrie Hannovers.

Durch erneute Verhandlungen ist es nunmehr gelungen, den Frieden in der Hannoverschen Metallindustrie herbeizuführen. Die Unternehmer haben folgende Zugeständnisse gemacht:

1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden. Am 1. Juli 1913 wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 56½ Stunden verkürzt ohne weiteren Lohnausgleich.
2. Sämtliche Stundenlohnarbeiter erhalten eine Stundenlohnzulage von 3 Pf.
3. Ueber die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung wird eine Verständigung in den einzelnen Werken zwischen den Unternehmern und den Arbeitern herbeigeführt werden.
4. Es wird volle Koalitionsfreiheit gegenseitig gewährleistet. Jede Agitation im Werke ist untersagt.
5. Die Aufhebung der Aussperrung und die Wiederaufnahme der Arbeit in den hannoverschen Betrieben wird davon abhängig gemacht, daß der Streik in sämtlichen bestreikten hannoverschen Firmen vorbehaltlos als beendet erklärt wird und die Sperren gegenseitig aufgehoben werden.

Die Abstimmung über die vorliegenden Vorschläge ist von 5480 beteiligten Arbeitern vorgenommen worden. Davon haben 2793 für und 2633 gegen die Annahme gestimmt. Es wurden 54 ungültige Stimmzettel abgegeben. Damit ist der Friedensschluß möglich gemacht worden.

Die Aussperrung in Magdeburg und Halle a. S. ist am 11. Juli durch den Bevollmächtigten des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller aufgehoben worden. Eine Anzahl Betriebe in den zuletzt benannten Orten haben schon vor Aufhebung der Aussperrung die Arbeit aufnehmen lassen.

Die Einigungsbedingungen enthalten weiter folgende Bestimmungen:

Ueber die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung soll eine Verständigung in den einzelnen Werken zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeigeführt werden. Wo es nicht zu einer Verständigung kommt, wird vorläufig die von den Unternehmern gewünschte Verteilung vorgenommen. Drei Monate nach Wiederaufnahme der Arbeit soll jedoch durch eine Abstimmung der gesamten Belegschaft, zu der auch die von der Verkürzung betroffenen Werksbeamten zu zählen sind, der Wunsch der Majorität maßgebend sein. Ausschlaggebend sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen. Die Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel.

Die Einstellung der Arbeiter erfolgt nach Maßgabe der Betriebs- und Bedarfsverhältnisse der Werke. Bei der Einstellung sollen die Arbeiter, soweit wie möglich, ihre alten Arbeitsplätze wieder erhalten. Die Einstellung hat derart zu erfolgen, daß zunächst alle vor dem Streik und der Aussperrung beschäftigten Arbeiter der Betriebe eingestellt werden, soweit sie sich bis zum Mittag des 15. Juli gemeldet haben. Dann erst kommen bei weiterem Bedarf fremde Arbeiter in Frage. Es darf keinerlei Belästigung arbeitswillig gebliebener, inzwischen neu eingestellter oder streikender oder ausgesperrter Arbeiter vorkommen. Jede derartige Belästigung wird nach der Arbeitsordnung bestraft, gegebenenfalls durch Entlassung. Bis zum 6. August können die Arbeiter an ihre alte Arbeitsstätte ohne Vermittelung des

Arbeitsnachweises zurückkehren. Vom 6. August ab tritt der Arbeitsnachweis für alle Arbeiter wieder in seine Wirksamkeit.

Gewerbegerichtliches.

Wahlen.

Die freien Gewerkschaften von Halberstadt haben auch bei der diesjährigen Gewerbegerichtswahl einen glänzenden Sieg errungen. Trotz der verzweifeltsten Anstrengungen der „nationalen“ Gegner — ein Gemisch von Christlichen, Arbeitervereinigern und Hirsch-Dunderschen — auf deren Betreiben die Verhältniswahl eingeführt wurde, um den freien Gewerkschaften einige Sitze abzunehmen, mußten sie die trübe Erfahrung machen, daß sie mit ihrer Stimmzahl noch gegen 1909 zurückgegangen sind. Die Liste des Kartells ging mit einer Gesamtstimmzahl von 1468 Stimmen entfallen waren, auf den Gegner je 107 Stimmen. Im Jahre 1909 erhielt die Liste des Kartells je 1218, die der Gegner je 115 Stimmen. Die Arbeitnehmerliste ist mit 9 Beisitzern von den freien Gewerkschaften besetzt. Von der Arbeitgeberliste wurde ein Sitz gewonnen.

Polizei, Justiz.

Gompers und Morrison wieder verurteilt.

Wegen Übertretung eines Gerichtsbefehls wurden Ende Juni d. J. Sam. Gompers, Vorsitzender des amerikanischen Arbeiterbundes, und Frank Morrison, Sekretär des Bundes, zum zweitenmal zu Gefängnisstrafen verurteilt; Gompers zu einem Jahr und Morrison zu sechs Monaten. Gegen den dritten Angeklagten, John Mitchell, wurde ein Urteil nicht gefällt, doch ist es wahrscheinlich, daß auch gegen ihn wieder dieselbe Strafe verhängt wird wie das erstemal, nämlich neun Monate. Die beiden Verurteilten meldeten Berufung an das oberste Bundesgericht an und wurden gegen Sicherheit vorläufig freigelassen. Das erste Urteil wurde im Mai 1911 wegen eines formalen Fehlers aufgehoben. — Bei der Angelegenheit handelt es sich um das Verbot der Publikation eines Boykotts, das vom Bundesbezirksgericht des Distrikts Kolumbien erlassen wurde; Gompers, Morrison und Mitchell hielten das Verbot nicht und propagierten weiter für den Boykott, weshalb ihnen von dem Bezirksrichter Wright die schweren Freiheitsstrafen zudiktiert wurden. Die drei Arbeiterführer verteidigten sich damit, daß das Verbot eines Boykotts durch gerichtlichen Einhaltsbefehl gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten verstößt. Gompers gab nach der Verkündung des Urteils folgende Erklärung ab: „Was erwartet wurde, ist geschehen. Richter Wright hat Mitchell, Morrison und mich der Mißachtung des Gerichts schuldig erkannt. Er hat Morrison zu sechs und mich zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt. Wenn Mitchell nach Washington kommt, wird auch er verurteilt werden. Dieses Urteil zeigt in krasser Weise die Berechtigung der Stellungnahme der Arbeiterschaft gegen die Praxis, die sich die Gerichte aneigneten, nicht bei Befandlung von Eigentums-, sondern persönlichen Rechten, normalen persönlichen Tätigkeiten, eine Praxis, die gegen Gesetz und verfassungsmäßige Verwaltung verstößt. In diesem Falle hat der Richter ein kriminelles Vergehen konstruiert, er hat die Anwälte von Privat-

bungen zum Schutze des Mittelstandes. Die Ausschaltung des Zwischenhandels sei eine allen Genossenschaftsarten eigentümliche Tendenz. Die Bestrebungen, den Fortschritt zu hindern, würden dasselbe Ende erleben als diejenigen zur Unterdrückung anderer moderner Errungenschaften.

Den Bericht des Generalsekretariats gab Herr Kaufmann. Er ging besonders auf die Notwendigkeit der Vervollkommnung der Organisation und der Weiterentwicklung der Verlagsanstalt ein. Die Revisionsverbände sollen reorganisiert und in die Möglichkeit versetzt werden, je einen weiteren Sekretär anzustellen. Einer der beiden Sekretäre jedes Verbandes soll im besonderen die Funktionen eines Revisors ausüben. Jeder Revisionsverband soll künftig 4 Organe haben, das Sekretariat, den Vorstand, den Ausschuss und den Verbandstag. Den Revisionsverbänden werden aus den Erträgen der Großeinkaufsgesellschaft jährlich 15 000 Mk. für Anstellung von Sekretären zugewendet. Ferner sollen die Organe des Zentralverbandes ergänzt werden durch einen „Generalrat“, der alle wichtigen, für die Konsumgenossenschaftsbewegung bedeutungsvollen Fragen vorberaten soll und über weniger wichtige und interne Angelegenheiten entscheiden kann. Die Verlagsanstalt des Zentralverbandes, gegenwärtig eine offene Handelsgesellschaft, soll vergrößert und in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma „Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H.“ umgewandelt und mit einem Stammkapital von 1—2 Millionen Mark ausgestattet werden. Die Vorschläge des Referenten wurden zum Beschluß erhoben.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Vortrag v. Elms über die im Entstehen begriffene gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung = Aktiengesellschaft „Volksfürsorge“. Der Vortrag, den wir in einer der nächsten Nummern unseres Blattes in vollem Umfange wiedergeben, erörterte eingehend das Wesen und die Geschäftsgebarung der Volksversicherung, die erheblichen Schäden, die letztere für weite Volkskreise mit sich gebracht hat und die Möglichkeiten, ein gesundes Versicherungswesen auf gewerkschaftlich-genossenschaftlicher Grundlage aufzubauen. Nicht des guten Geschäfts und der großen Gewinne halber wollen Gewerkschaften und Genossenschaften die Volksversicherung aufnehmen, sondern um dem arbeitenden Volke Millionen zu erhalten, die heute in fremde Taschen fließen. Das neue Unternehmen erhalte eine Grundlage, die jede Möglichkeit kapitalistischer Entwicklung ausschließe. Das Grundkapital soll eine Million Mark betragen und sei durch Zeichnung bereits gesichert und die Verzinsung des Aktienkapitals darf 4 Proz. nicht übersteigen. Der gesamte Reingewinn soll nach Abzug der Reserven den Versicherten zugute kommen und letzteren kein Pfennig verloren gehen. Besonders widmete der Redner einen Teil seiner Ausführungen den wütenden Ausfällen der kapitalistischen Presse gegen das geplante Unternehmen, die meist in den sehnsüchtigen Wunsch ausklingen: das Aufsichtsamt möchte der neuen Gesellschaft die Genehmigung versagen. Redner schloß mit den Worten: „Die Volksfürsorge ist an und für sich eine so große und herrliche Aufgabe, daß sie des Schweiges der Edlen wohl wert ist. Handeln wir darum nach dem alten Genossenschaftswort: Arbeit und Werte!“

Der Vertreter der Generalkommission wies in der Debatte auf die Versuche gewisser Regierungs-

kreise hin, die Krankenkassen im Bezirk Düsseldorf gegen das neue Unternehmen mobil zu machen und sie in den Dienst einer Gegenorganisation, der Düsseldorfer Versicherungsbank, zu stellen.

Nach einem Referat von Schmidtchen wurden eine Reihe von Änderungen zum Musterstatut für Konsumvereine angenommen.

Ein Vortrag von Dr. A. Müller-Hamburg über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels bot äußerst interessante Einblicke in die Wirkungen und Entwicklungstendenzen auf diesem Gebiete. Der Kleinhandel leide an Ueberfüllung, so daß heute nach der Statistik 34 Familien einen Lebensmittelhändler ernähren müßten. Doch sei auch hier die Entwicklung zum Großbetrieb unbestreitbar und der letztere dem Kleinbetrieb weit überlegen. Er könne auch sozialen Gesichtspunkten Rechnung tragen und besonders die Konsumvereine, die nicht um des Profits willen geschaffen sind, haben soziale Ziele und üben auf die Volkswirtschaft einen hohen Einfluß aus.

An diesen Vortrag schloß sich ein Bericht der Fortbildungskommission, in deren Hand die Organisation von Unterrichtskursen liegt. Die Kurse zur Ausbildung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sollen von 6 auf 8 Wochen verlängert, zum Teil auch Sonntagskurse eingeführt werden.

Ueber die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtet Herr Kaufmann. Derselben gehören 208 Vereine und 5883 Mitglieder an, während 1000 Vereine sich noch fernhalten. Die Kasse hat 2 187 000 Mk. Vermögen. Angesichts des neuen Gesetzes für Versicherung der Privatangestellten soll die Kasse in eine Zuschußkasse umgewandelt werden.

Den Bericht des Tarifamts gab Herr Nieger-Hamburg. Danach wurden im Berichtsjahre für 78 Tariforte Erhöhungen des Grundlohnes um 2½—15 Proz. beschlossen und am 1. Oktober 1913 folgten weitere Erhöhungen für 20 Tariforte. Das Tarifamt ersucht dringend die Vereine, in jedem Falle des Bedarfs von Arbeitskräften die Gewerkschaftsarbeitsnachweise zu benutzen. Ueber die letztere Mahnung entspann sich eine lebhafte Diskussion, in der klargestellt wurde, daß die obligatorische Verwendung der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise die Einstellung arbeitsloser Genossenschaftler in die Genossenschaftsbetriebe nicht verhindern soll. Aber auch dies müsse der gewerkschaftlichen Kontrolle unterstehen, wenn nicht eine Vetternwirtschaft einreißen sollen. Beschlossen wurde folgende Resolution:

„Der neunte Genossenschaftstag erklärt sich im Prinzip damit einverstanden, daß die von den einzelnen Konsumgenossenschaften, Konsumgenossenschaftlichen Vereinigungen oder Revisionsverbänden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit anderen Gewerkschaften als die der Bäcker, Transportarbeiter, Lagerhalter und Handlungsgehilfen abgeschlossenen Tarifverträge der Rechtsprechung des Tarifamts des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine unterstellt werden.“

Voraussetzung der Unterstellung ist die Einsendung des Tarifvertrages an das Tarifamt und die vorbehaltlose Anerkennung seitens der Kontrahenten, daß sie die aus der Auslegung und Anwendung des eingereichten Tarifvertrages entstehenden Streitigkeiten der Entscheidung des Tarifamts des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine unterbreiten und sich den Entscheidungen des Tarifamts fügen werden.

Den Gewerkschaftsvorständen ist es überlassen, Vorschläge für die Vertretung der neu hinzutretenden Gewerkschaften in das Tarifamt des Centralverbandes deutscher Konsumvereine zu machen.

Die genossenschaftlichen Mitglieder des Tarifamts werden beauftragt, diese Vorschläge zu prüfen und eine entsprechende Aenderung der Grundsätze für die Tätigkeit des Tarifamts zu vereinbaren. Diese Vereinbarung unterliegt auf genossenschaftlicher Seite der Zustimmung des Vorstandes und des Ausschusses des Centralverbandes deutscher Konsumvereine, die auch etwa erforderliche Ergänzungswahlen für die Besetzung des Tarifamts bis zum nächsten ordentlichen Genossenschaftstag vorzunehmen haben.

Als genossenschaftliche Mitglieder des Tarifamts wurden die Genossen Nieger, v. Elm, Postelt und Lorenz, als Ersatzmänner Berger und Everling gewählt.

Nach der Berichterstattung des Ausschusses wurden den Revisionsverbänden je 800 Mk. als Rückvergütung aus den von den Verbandsvereinen abonnierten „Konsumgenossenschaftlichen Volksblättern“ überwiesen und die ausscheidenden Ausschuhmittglieder Barth, v. Elm, Bobbig und Staudinger wiedergewählt.

Der nächstjährige Genossenschaftstag findet voraussichtlich in Dresden statt. An den Genossenschaftstag schlossen sich eine Reihe anderer Veranstaltungen an, vor allem die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Hervorragendes Interesse beansprucht eine in den Räumen des „Clou“ veranstaltete

Genossenschaftliche Ausstellung.

Bereits auf dem Genossenschaftstag in Leipzig hatten die Konsumvereine eine kleine Ausstellung veranstaltet, die den Delegierten die Einrichtungen einzelner musterhafter Vereine veranschaulichen sollte. Dieses Mal war man weiter gegangen und hatte im „Clou“, einer früheren Markthalle der Stadt Berlin, jetzt Konzert- und Ausstellungslokal, eine Ausstellung größeren Stils organisiert, die den breiten Massen der Berliner Bevölkerung zugänglich gemacht wurde. Für den Erfolg dieser Ausstellung spricht der Massenbesuch, der sich während der ganzen Dauer ununterbrochen in die Ausstellungsräume ergoß. Und was die junge Konsumvereinsbewegung Deutschlands da zu zeigen hatte, war wirklich in gleichem Maße ermutigend für die Anhänger der Sache, wie es erweckend für die genossenschaftlich Indifferenten sein mußte. Dabei ist hervorzuheben, daß auch auf dieser Ausstellung in größerem Rahmen nur ein kleiner Teil dessen gezeigt werden konnte, was die Genossenschaften in kurzer Zeit durch planmäßige Arbeit zu erringen vermochten. Die graphischen Darstellungen des Centralverbandes deutscher Konsumvereine zeigten den Besuchern die rasche Entwicklung der Konsumentenorganisation seit Kreuznach 1902. Wie dann auf dieser Grundlage organisierter Konsumenten das Genossenschaftsprinzip: Eigenproduktion für den organisierten Konsum, in Deutschland bereits zur Tat wird, das ging vorzüglich aus den von einzelnen Konsumvereinen ausgestellten Modellen von Eigenbetrieben, wie Bäckereien, Fleischerei, Mühlen- usw. Betrieben, Wohnungsbauten usw. hervor. Am sprechendsten kam das Prinzip der genossenschaftlichen Arbeit durch die Ausstellung der Hamburger „Produktion“ zum Ausdruck; hier war die weitverzweigte Tätigkeit einer lokalen Genossenschaft

der arbeitenden Bevölkerung zu einem einheitlichen Bilde vereinigt. Die Bezeichnung „lokal“ ist übrigens nicht mehr korrekt, denn auch in diesem Punkte verkörpert die „Produktion“ ein höheres genossenschaftliches Organisationsprinzip, das des Vegetarikonsumvereins, der sich weit über die Hamburger Grenzen hinaus erstreckt und die Bevölkerung auch im Landgebiet an dem Vorteil des Großbezuges der Lebensmittel teilnehmen läßt. Was die „Produktion“ in der kurzen Zeitspanne von 14 Jahren an positiver Arbeit im Dienste des arbeitenden Volkes Hamburgs und der Umgegend geleistet hat, wurde hier veranschaulicht. Ueber 60 000 Mitglieder, 144 Warenverteilungsstellen mit einem Jahresumsatz von rund 17 Millionen Mark, 26 eigene bebaute Grundstücke mit 36 Läden und 742 Wohnungen, eigene Schlächtereier, Mineralwasserfabrik, Tischlerei, Klempnerei, Schmiede, Autoreparaturwerkstatt, Brennerei, Meierei und schließlich zwei Bäckereibetriebe größten Stils, man will's kaum glauben, daß dies das Werk von nur 14 Jahren zielsicherer Arbeit ist. Erinnerung man sich dabei der Untenrufe bei der Gründung der „Produktion“, dann wird allen klar, wie weltfremd jene Intransigenz ist, die über den Sorgen der Zukunft die aufbauende Tagesarbeit vergißt.

Ueber ähnliche Erfolge berichteten auch die Ausstellungen anderer Konsumvereine; wir können auf alle diese verdienstvollen Arbeiten raumhalber hier nicht eingehen. Nur möchten wir insbesondere auf die hervorragenden Leistungen der Konsumgenossenschaften in der Brotproduktion hinweisen. Abgesehen von ihren Wirkungen auf die Brotpreise, hat die konsumgenossenschaftliche Brotproduktion erst die Hygiene im Bäckereibetriebe verwirklicht. Von dem Schmutz der handwerksmäßigen Bäckerei gab eine auf der Ausstellung untergebrachte Berliner Kellerbäckerei ein abschreckendes Bild. Wer daneben die nach allen Grundsätzen moderner Hygiene eingerichteten Genossenschaftsbäckereien sah, mußte sich sofort über die Kulturarbeit der Konsumentenorganisation auf diesem Gebiete klar sein. Die ekelhafte Schlafstube des Kellerbäckergehilfen bot nicht minder den schärfsten Kontrast gegen die Bäckereierrichtungen und die gelieferte täglich gewaschene Arbeitskleidung der Bäckereiarbeiter moderner Genossenschaftsbetriebe, wozu vom genossenschaftlichen Standpunkt noch die ganz anders gearteten Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter in den Genossenschaftsbäckereien kommen. Die Konsumvereine haben auf dem ganzen Gebiete der Brotproduktion Musterhaftes geleistet, das ging aus dieser Ausstellung unzweifelhaft hervor.

Als Krönung des Gebäudes ist die Ausstellung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine anzusprechen. Ihr Umsatz im Großhandel mit den Konsumvereinen ist bereits auf 110 Millionen Mark angewachsen und was sie an Eigenproduktion leistet, war auf der Ausstellung ersichtlich. Eigene Kaffeeöstereien, die Seifenfabrik in Sachsen, ein Musterbetrieb in diesem Industriezweig, ihre drei Tabakfabriken, die bereits 611 Arbeiter zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen beschäftigen und bereits einen Fabrikationswert von rund 8 Millionen Mark jährlich erreichen, bieten neben vielem anderen ein hocherfreuliches Bild genossenschaftlichen Unternehmungsgeistes. Die zahlreichen Eigenpackungen der G. E. G. von anderen in Privatbetrieben hergestellten Waren sollen den kaufenden Konsumenten sowohl die Gewähr für eine gute Ware wie dafür,

daß diese Waren unter geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnissen hergestellt sind, bieten.

Alles in allem war diese Ausstellung ein voller Erfolg unserer Genossenschaften. Sie befinden sich auf dem besten Wege, der bei emsiger Arbeit aller Glieder der Genossenschaftsbewegung zu weiteren und dauernden Erfolgen führen wird.

Am 13. und 14. September findet in Magdeburg die Generalversammlung der Unterstützungs-Kasse des Centralverbandes deutscher Konsumvereine statt, die sich besonders mit den durch das neue Versicherungsgesetz für Privatangestellte bedingten Statutenänderungen befassen wird.

Andere Organisationen.

Die Gelben im Ruhrrevier.

„Während die gelbe Arbeiterbewegung in Berlin, Magdeburg, Dresden, Kiel usw. große Fortschritte zu verzeichnen hat, ist im Ruhrgebiet, dieser industriellen Hochburg, bisher noch kein gelber Verein gegründet worden.“ So mußte noch vor vier oder fünf Jahren Rudolf Lebius in seinen Bettelbriefen an rheinisch-westfälische Großindustrielle schreiben. Seit der Zeit hat sich manches verändert. Auch im Ruhrrevier hat die gelbe Bewegung Fuß gefaßt. Auf dem Kruppischen Werk in Essen setzten die Gelben ein. Heute verfügen sie dort über eine über den ganzen Betrieb ausgebreitete Organisation, die sich nach den einzelnen Betriebspunkten in Abteilungen gliedert. Daneben bestehen je eine Frauen-, Jugend-, Turn- und Theaterabteilung, ferner ein Trommler- und Pfeiferkorps. Die zweite Gründung erfolgte bei der Firma Th. Goldschmidt, ebenfalls in Essen. Seit etwa anderthalb Jahren erscheint in Essen als Organ der Gelben „Der Werkverein“, ein wüßtes Schimpfblättchen, das sich fast ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richtet und das im letzten Wahlkampfe von den nationalliberalen Unternehmern in Masse unter der Arbeiterschaft verbreitet wurde. Es wird herausgegeben vom „Verlag nationaler Schriften, eingetr. Genossenschaft m. b. H.“ und von einem Dr. Carl Arnold, sowie den ehemaligen Arbeitern Friedrich Heß und Gerhard Schulte redigiert. Ueber Wasser gehalten wird es von der Schwerindustrie, die an der „wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung“ naturgemäß das größte Interesse hat.

Eine größere Ausdehnung hat die gelbe Bewegung jedoch erst in allerjüngster Zeit genommen. Wenn auf dem 2. Bundestag deutscher Werkvereine, der am 30. Juni in Essen stattfand, festgestellt wurde, daß die gelbe Bewegung durch den letzten Bergarbeiterstreik mächtig gestärkt worden ist, so trifft das zweifellos zu. Dazu hat vor allen Dingen das arbeiterschädigende Treiben der gelben Gewerkschaften beigetragen. Als der „Bergknappe“ den bekannten Streikbruchaufruf veröffentlichte, konnte das gelbe Organ mit Genugtuung schreiben: „Das sind gesunde gelbe Gedanken, denen wir lediglich beipflichten können.“ Schon vorher hatte das Blatt verraten, daß Giesberts seine Wahl zum Reichstagsabgeordneten dem Eintreten der Gelben zu verdanken hat. Dafür haben die Christen dem gelben Hedemann in Bochum das Reichstagsmandat zugeschanzt. Bei solcher dicken Freundschaft und nach der permanenten Proklamation gelber Grundsätze durch die Gewerkschaften kann

die Ausbreitung der gelben Bewegung nicht verwundern. Die Christenblätter vom Schlege des „Bergknappen“ haben ihr vorzüglich die Wege geebnet. Daher kommt es auch, daß die Gelben in den Domänen der Schwarzen den besten Boden finden. Im Essener Bezirk, dem Hauptsitz der christlichen Bergarbeiter, haben sich die zahlreichsten und stärksten Werkvereine etabliert! Schon erhoffen die Gelben eine Vereinigung mit den Schwarzen. Im Bericht an den 2. Bundestag deutscher Werkvereine wird erklärt: „Das Verhalten der christlichen Bergarbeiter in dem großen Streik lege die Hoffnung nahe, daß sich die christlichen Gewerkschaften und die Werkvereine im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenfinden werden.“ Den Christen werden die Geister, die sie gerufen, peinlich; sie rüden in ihrer Presse von den Gelben ab. Aber sie werden kaum verhindern können, daß sie von den Gelben nach und nach aufgesogen werden. Und das dürfte recht bald geschehen, wenn, was ausgeschlossen ist, den Christen die römische Sonne nicht bald freundlicher scheint. Schon jetzt können sich die Gelben rühmen, in der Metallindustrie in bezug auf die Mitgliederzahl die Christen überflügelt zu haben. Sie rechnen sich nicht weniger als 55 000 angeschlossene Bundesmitglieder zu. Im Bergbau wollen sie es auf 15 000, in der Textilindustrie auf 3000, insgesamt auf 85 000 Mitglieder gebracht haben, die sich auf 115 angeschlossene Vereine verteilen. Daneben sollen noch etwa 100 dem Bunde nicht angeschlossene Werkvereine bestehen.

Die Gelben des Bergbaues dürften sich zum überwiegenden Teil auf das Ruhrrevier konzentrieren. Für fast 30 Schachtanlagen sind bereits Werkvereine gegründet worden und ihre Zahl vermehrt sich ständig. Da sie auch die Jugend in den Kreis ihrer Agitation ziehen, erwächst für zukünftige Kämpfe eine schwere Gefahr, die nicht unterschätzt werden darf. Noch läßt sich die kommende Situation nicht überblicken; an entschiedenem Kampfe gegen die gelben Unternehmernächte werden es die freien Gewerkschaften nicht fehlen lassen. Die volle Verantwortung für diese neueste Arbeiterzerpflüderung im Ruhrgebiet trifft jedoch die Führer der Christlichen. Wenn sie der gelben Flut zum Opfer fallen, so braucht man ihnen keine Träne nachzuweinen. Sie haben bei den Gelben das Bürgerrecht rechtlich erworben. M.

Mitteilungen.

Redakteurgesuch.

Für das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ wird zum 1. Oktober, eventuell auch zu einem späteren Termin ein Redakteur gesucht. Reflektiert wird auf eine Kraft, die mit redaktioneller Erfahrung und volkswirtschaftlicher Bildung eine genaue Kenntnis der Konsumgenossenschaftsbewegung und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verbindet. Offerten mit Gehaltsforderungen sind zu richten an die Verlagsanstalt des Centralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 30 des „Corr.-Bl.“ wird die Literatur-Beilage Nr. 7 beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 24 Seiten.